

Er scheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 80 Pf., vierteljährlich 1.50 Mk., jährlich 3.00 Mk., vorausbez. frei von Steuer. Durch die Post bezogen 1.05 Mk. inkl. Frachtpf.

Die Neue Welt (Wochenblatt) monatlich 1.00 Pf., vierteljährlich 3.00 Pf., jährlich 10.00 Pf., vorausbez. frei von Steuer.

Stephan Nr. 1047. Verlagsgesellschaft. Postabteilung Halle/Saale.

Sozialistische Welt

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gezeichneten Zeilen über deren Raum 20 Pfennig, für unzeichnete 25 Pfennig. Im tabellarischen Falle halbt die Zeile 75 Pfennig.

Interesse für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr den Redaktion zugewandt sein.

Einlagen in die Postregularkasse.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Antimilitarismus.

Bei der Behandlung der Frage der Jugendorganisation wurde auch der Antimilitarismus einen Augenblick gestreift. Bekanntlich gehört in anderen Ländern, namentlich in Belgien, die antimilitaristische Propaganda zu den Hauptaufgaben der jungen Garben. In Frankreich geht diese Propaganda sogar von den Gewerkschaften aus. In Deutschland dagegen wollen wir, wie Genosse Wolfenbühler in Hamburg sagte, nichts von dieser Propaganda wissen, weil wir sie nicht für die richtige Methode zur Bekämpfung des Kapitalismus halten.

Dieser Ausspruch darf jedoch nicht so verstanden werden, als ob wir hier durch unsere bessere theoretische Einsicht vor den Fehlern bewahrt blieben, in die unsere ausländischen Genossen infolge einer geringeren sozialistischen Durchbildung verfallen. Unsere Taktik stammt nicht aus Gründen einer allgemeinen Besinnung her, sondern aus den wirklichen Verhältnissen, unter denen wir leben. Für verschiedene Verhältnisse paßt eine verschiedene Taktik. Was in dem einen Lande richtig ist, kann für das andere ganz verfehlt sein. Zwar ist die Liebereinstimmung der Verhältnisse verschiedener Länder groß genug, um von einander lernen zu können, aber die Verschiedenheiten bestehen, die Kampfmethode trittfalls von einander zu übernehmen.

Die antimilitaristische Propaganda entspringt der Verwendung der Armeen gegen das Volk. Die Armeen sind eine selbsterhaltende Organisation der bewaffneten Volksgewaltigen, die unter Führung der herrschenden Klasse im Kampf mit anderen Ländern das Interesse dieser Klasse, unter dem Namen Nationalinteressen, wahren soll. Wird diese Organisation von der herrschenden Klasse gegen das Volk selbst geführt, um ihr Interesse im Klassenkampf zu verdecken, so muß bei der dadurch geschädigten Klasse von selbst das Vertrauen aufkommen, die Kraft jener Organisation durch Zerstörung der sie zusammenhaltenden Disziplin zu schwächen. Wenn, wie in Frankreich und Belgien, das Militär regelmäßig bei Streiks gegen die Arbeiter verwendet wird, müssen die Arbeiter notwendig alles aufbieten, um die Soldaten, wenn die Offiziere neuer Kommandieren, zum Angehörigen, zum Nichtsichtigen zu bringen. Und diese Propaganda hat nur deshalb Erfolg, weil sie in der Arme eines fruchtbareren Bodens findet und weil die Verwendung der Soldaten gegen die eigenen Klassenangehörigen ihnen selbst einen tiefen Widerwillen einflößt. Einem Militärs kann es als etwas ungeheuerliches erscheinen, daß auf den Befehl des Vorgesetzten die Soldaten murren und sich nicht rühren, ihm zu gehorchen; aber es liegt in der Angehörigkeit selbst, wenn ihnen zugemutet wird, begründet. Was das Militär bei Streiks auf Arbeiter leistet, ist die antimilitaristische Propaganda, und wäre sie noch mit so schweren Strafen bestraft, ein notwendiges Kampfmittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Diese französische Praxis hat zu der Herabsetzungstheorie geführt, die durch antimilitaristische Propaganda die Kräfte unmöglich machen und damit diesen schimmigen Keimel der Menschheit vernichten zu können glaubt. Dies ist eine utopische

Idee, weil sie den tatsächlichen Ursprung der Disziplinwidrigkeiten in der französischen Arme überieht. Man kann mit Sicherheit voraussehen, daß dieselben Soldaten, die sich bei Streiks auf ihre Klassenangehörigen zu schicken weigern, mit Begünstigung in den Krieg für „das Vaterland“ gegen den ausländischen Feind ziehen werden. Im Kriegsfalle bewußt den Dienst bewweigern, dazu gehört ein unendlich viel größeres Maß an Klassenbewußtsein und vor allem an Bewußtsein der Macht der eigenen Klasse, das in dem Lande mit der kräftigsten organisierten Arbeiterklasse und dem starken Klassenbewußtsein erst dann vorhanden sein dürfte.

Es liegt nun unmittelbar auf der Hand, weshalb eine antimilitaristische Propaganda hier in Deutschland nicht zu den Kampfmitteln des Proletariats gehören kann. Da die Arme hier noch nicht bei Streiks gegen die Arbeiter verwendet wird — der Vorfall im Zollhaus, wo Militärs Militär gegen Streikende vorging, ist veräußert, noch eine Ausnahme von der Regel — fehlt einer solchen Propaganda der Boden. Sie wäre eine Theorie, die nicht angewandt werden könnte. Wenn den Soldaten nicht in abstrakter Theorie, aber nicht in der Praxis gemutet wird, auf ihre Klassenangehörigen zu schicken, können sie nicht aus eigener Erfahrung gegen sich schweren inneren seelischen Konflikt, der sie erst für den Aufbruch zum Angehörigen empfänglich macht.

Es liegt nun unmittelbar auf der Hand, weshalb eine antimilitaristische Propaganda hier in Deutschland nicht zu den Kampfmitteln des Proletariats gehören kann. Da die Arme hier noch nicht bei Streiks gegen die Arbeiter verwendet wird — der Vorfall im Zollhaus, wo Militärs Militär gegen Streikende vorging, ist veräußert, noch eine Ausnahme von der Regel — fehlt einer solchen Propaganda der Boden. Sie wäre eine Theorie, die nicht angewandt werden könnte. Wenn den Soldaten nicht in abstrakter Theorie, aber nicht in der Praxis gemutet wird, auf ihre Klassenangehörigen zu schicken, können sie nicht aus eigener Erfahrung gegen sich schweren inneren seelischen Konflikt, der sie erst für den Aufbruch zum Angehörigen empfänglich macht.

Die Ursache eines solchen vertriebenen Gebrauchs der Arme liegt darin, daß in Frankreich die Bourgeoisie, hier aber die Junkerklasse die unmittelbare Herrschaft ausübt. Die Junker wollen auch das Militär als Klasseninstrument der Arbeiter verwenden, aber nur wenn ihre eigene Herrschaft gefährdet wird; ob der Feuersbrand des Kapitalismus etwas voller wird, ist ihnen gleichgültig. Für sie ist die Arme die erhabene Institution der ganzen Gesellschaft und viel zu erhaben, um sie zu schmutzigen Polizeidiensten zu verwenden, die die Disziplin verderben. Die Streiks bedrohen nicht die Interessen der Junker, sondern nur den Profit der Kapitalisten. Die Bourgeoisie, der der Profit das höchste auf der Welt ist, wird zu dessen Verteidigung die Gefahr der Zerrüttung der militärischen Disziplin nicht scheuen. Die Folge ist auch in der Tat, daß in Frankreich die Offiziere immer über den Mangel an Disziplin in der Arme klagen, aber die reaktionäre Presse „verderblichen demokratischen Ideen“ in die Schuhe schiebt. Dagegen haben die Junker es dadurch, daß sie die Arme von den wirtschaftlichen Kämpfen fernhalten, erreicht, daß die Disziplin hier unerschütterlich blieb.

Dies ist allerdings für die herrschenden Klassen nicht viel gewonnen. Eine Waffe, die nur so lange brauchbar bleibt, als sie nicht gebraucht wird, bietet wenig Verlast. Wenn einmal die Zeit kommt, daß die Arme wirklich gegen das Volk geführt wird, fängt die Disziplin auch abzuwackeln an und entsetzt ein für die antimilitaristische Propaganda empfänglicher Boden. Und dann wird trotz aller Strafanordnungen eine solche Propaganda unvorstellbar aus dem Druck der Umstände hervorgerufen.

Die Frage, was vielleicht schon zuvor zu machen sei, ist daher nur eine Nebenfrage. Man kann die jungen Leute im sozia-

listischen Sinn aufrufen, damit sie das Wesen des Militarismus durchdringen, ihre Rechte und Pflichten genau kennen und nicht dem Querräpatriotismus verfallen. Aber dabei kann das Ziel nicht sein, zu Verhören gegen die Disziplin anzupornen, die zugleich gefährlich und völlig unerschütterlich sind.

Die besonderen deutschen Verhältnisse bedingen also, daß die antimilitaristische Propaganda, wie sie im Ausland unter anderen Verhältnissen geführt wird und geführt werden muß, bei uns als eine verkehrte Methode des Kampfes gilt.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 21. Juli 1908.

Frans Joseph Ehrhardt †.

Wie wir gestern unter letzten Nachrichten kurz meldeten, ist Montag mittags 1 Uhr Genosse Reichs- und Landtagsabgeordneter Franz Joseph Ehrhardt in Ludwigsbühnen gestorben. Ehrhardt ist geboren am 6. Februar 1853 in Eichbach (Rheinpfalz). Er besuchte die Dorfschule in Eichbach ein paar Jahre und dann die katholische Volksschule zu Firtich in Wapern. Von 1866 bis 1869 erlernte er das Tapetierergewerbe, bereiste Deutschland, England, Frankreich, die Schweiz, Belgien, Holland usw. und machte sich seit 1868 in Ludwigsbühnen a. M. als Tapetiermeister selbständig. Im der sozialdemokratischen Partei ist Ehrhardt seit 1872 tätig. 1878/79 war er Sekretär des kommunikativen Arbeiterbildungsvereins in London. In London kam er auch in engere Fühlung mit jener Richtung, die kurz nach Verhängung des Sozialistengesetzes mit der Spaltung der führenden Genossen nicht auseinander waren.

Genosse Ehrhardt hat auf wenigen Parteitagen gefehlt, er war schon mit in Kopenhagen, seit Fall des Sozialistengesetzes nur er wohl auf allen Parteitagen amwesend. Seit 1890 war er Mitglied der Kontrollkommission und blieb in diesem Ehrenamte bis zu seinem Tode.

Dem Stadtrat Ludwigsbühnen gehörte Ehrhardt seit 1889, der kaiserlichen II. Kammer seit 1893 und dem Reichstag seit 1898 an.

Seit Zeitredirekt ist Genosse Ehrhardt an einer immer heftiger werdenden nervösen Krankheit, von der er wiederholt Heilung auch in Krankenanstalten suchte. Zur Erholung begab er sich vor einigen Wochen auf die Brandes im Schwarzwald (Baden). Seit Anfang der vorigen Woche hatte es den Anschein, als ob sich sein Nervenzustand, das mit strengen Verhaltungsmitteln nur zur Besserung wurde, am Freitag trat jedoch plötzlich ein heftiges Verschlimmerung ein. Genosse Ehrhardt nach Ludwigsbühnen zurückkehrte. Hier ist er Montag mittags an Herzschlag verstorben. — Die Bestattung findet voraussichtlich am Donnerstag 1/4 Uhr in Mannheim statt, wofür er im Krematorium eingeschifft wird.

Leber den verstorbenen Genossen wird uns von Berlin geschrieben: Von den Namen, die mit der Jugendgeschichte der deutschen Sozialdemokratie unweifelhaft verknüpft sind, steht abermals der

Hurraschreier. (Nachdr. verb.) Ein Seitroman von V. E. Teranus.

Viktor Gebhard hob das Dokument auf und steckte es wieder zu sich. Eva wollte sich wieder ihrem Vater nähern. Aber er wies sie mit harten Worten zurück. Was willst Du? Hast Du nicht für nötig gehalten, mich um meine Einwilligung zu Deine Heirat zu fragen, so halte ich es nicht für nötig, mich um Deine Zukunft zu kümmern. Du hast Dich selbst aus unseren Herzen gestrichelt und Dich von uns losgelockt. Du hast gegen uns und gegen Fremde gehandelt. Und bereue Dich nicht, wenn Du auch aus eine Fremde geworden bist."

Da ließ Eva ihr Arme sinken und hob ihr Gesicht mit freiem, unerschrockenem Ausdruck zu ihm.

"Ich habe nicht anders können, Papa. Ihr habt mich selbst dazu gemügend. Niemand hätte Ihr ja Eure Einwilligung gegeben, und deshalb."

"Deshalb", unterbrach der Kommerzienrat, durch die in ihrer schlichten inneren Wahrheit eindringlichen Worte seiner Tochter nur noch um so mehr erbittert, "deshalb müßtest Du kein so phlegmabergessen, so heimtückisch, hinterlistig und unmoralisch handeln?"

"Unmoralisch?" Die junge Frau schüttelte mit ruhiger, fester Miene den Kopf. "Nein, Papa, unmoralisch habe ich nicht gehandelt. Unmoralisch wäre es gewesen, wenn ich mit Eurem Einverständnis einem Mann mit so eigenem Geben, den ich nicht liebte, nur um seines glänzenden Titels, um seines vornehmen Namens willen. Nein, Papa, das Unrecht ist nicht auf meiner —" sie ergriff wieder mit herzerweiternder Gebärde die Hand ihres Vaters — "auf unserer Seite. Und deshalb kann ich mich auch keinen Vorwurf machen und kann nicht bereuen."

"Da's lautes Weinen unterbrach die Sprechende. Auch die Kommerzienrätin schluchzte, aber bei ihr war die Ursache der Tränen lediglich Mitleid und zornige Enttäuschung. "Du hast uns, uns alle furchtbar kompromittiert", rief sie erbittert. "Was soll ich nun seiner Majestät erwidern, wenn allerhöchsterseits gegenwärtig einmal die Gnade behoben, sich Deiner zu erinnern und nach Dir zu fragen?"

"Dann laßt mich, erregnete Eva mit schmerzlichen Sähen, "Majestät, das Herz läßt sich nicht kompromittieren."

Darauf sagte sie die Hand ihres jungen Gemannes fester und wandte sich noch einmal an ihren Vater: "Wahr, ich weiß, ich habe die feste Überzeugung; wenn Du erst ruhiger geworden und gerechter zu urteilen imstande sein wirst, so wirst Du uns auch verzeihen."

"Ne, nie!" sprudelte der Kommerzienrat. Und zu seinem Kneffen gewandt voll Hohn und Wut: "Das lage ich Dir, wenn Du auf eine Witzig spezialisiert hast, so hast Du Dich verdammt, aber gründlich."

Viktor Gebhard erwiderte nicht, sondern lächelte nur geringfügig und zuckte mit den Achseln. Darauf betratliche sie beide hochgehobenen Hauptes das Zimmer.

Für drei Uhr hatten sie ihre beiden Trauzeugen, zwei verheiratete Freunde Viktors, mit ihren Frauen zum Diner eingeladen. Viktor hatten sie noch eine Verzeihungspflicht zu erledigen. Auch von Viktors Vaters hatten sie ihren Entschluß, sich heimlich trauen zu lassen, geheimgehalten, um ihn nicht seinem Vater, dem Kommerzienrat, gegenüber in eine peinliche Lage zu bringen. Jetzt begaben sie sich nach seiner Wohnung, um sich ihm als junges Ehepaar vorzustellen. Der alte Redakteur war zwar ebenso feig überhäufig, wie der Kommerzienrat es gewesen, aber er nahm die Nachricht mit ganz anderen Empfindungen auf. Betragt sonst er beide an seine Brust und küßte sie liebevoll.

"Wagt Ihr beide so glühend werden, wie ich es mit meiner Anwesenheit", sagte er. "die Hauptsache ist, daß Ihr Euch liebt von ganzem Herzen, von ganzer Seele."

Dann begaben sie sich alle drei zu der belächelnden kleinen Hochzeit, die in einem separaten Zimmer eines Restaurants stattfanden sollte. Am fröhlichen Feiertage trafen sie alle bis zum späten Abend zusammen. Und als sich das junge Ehepaar darauf nach seiner belächelnden Wohnung begab, war in Evas Herzen von Bangigkeit und Schaudern keine Spur, sondern nur Liebe, ein überströmendes Gefühl gärtlicher Hingabe und süßen, schmerzlichen Glückseligkeits.

XIV.

Langgerichtete Stein hatte seine Pension erbeten und erhalten. Nun ließ es sich einrichten. Die im Süden der Stadt gelegene Wohnung wurde gemietet und eine bescheidenere in einem nördlichen Stadtteil gemietet, deren Mietzins fast nur die Hälfte betrug. Die beiden Töchter des Hauses trauten sich einen Erwerb zu schaffen. Die Jüngere, die ein ausgeprägtes musikalisches Talent und eine gute Ausbildung besaß, suchte

und fand ein paar Klavierlehrerinnen, und wenn sie auch unerschütterlich nur 1-1/2 Mark pro Stunde erhielt, ihre Einnahme gewährte ihr doch immerhin die Möglichkeit, ihre und der Schwester Barbara damit zu betreiben und für die weitere Ausbildung der Jüngeren etwas beizutragen, die sich entschlossen hatte, ein Lehrerinnen-Seminar zu besuchen.

Auch die beiden Eöme erkannten ihre Pflicht, dem bedrängten Vater zu Hilfe zu kommen. Der Jüngere, Student der Medizin, erteilte Nachhilfe-Unterricht an Gymnasialkassen, während Arno, der ältere, namentlich ernstlich harrte, sein dichterisches Talent materiel nutzbar zu machen. Freilich er erkannte sehr bald, daß sich ihm dabei viel größere Schwierigkeiten entgegenstellten, als seinen jüngeren Geschwistern. Von den kleinen Feuilletons, die er zu schreiben begann, weil er glaubte, damit rascher Erfolg zu haben, letzte er nur selten und nach vielen vergeblichen Versuchen das eine oder andere ab. Es herrschte auch hier, wie in allen Zweigen literarischer Tätigkeit, eine ganz enorme Ueberschneidung. Mühsam gab er die so wenig lobenden Bemühungen wieder auf und widmete sich ganz dem Drama, an dem er schon seit Jahr und Tag mit Feuerwerk und großer innerer Hingabe gearbeitet hatte. Ein vaterländisches Thema hatte er gewählt: aus dem Leben Friedrich Wilhelms des Ersten. Als Vorbild hatte ihm der unglücklich geniale Genie die Geschichte gebietet, nur daß er mehr dem modernen Empfinden gemäß, und wenn auch mit poetischer Schwung und Feuer, doch möglichst realistisch und mit schlichter Lebenswahrheit zu dichten sich bemüht hatte. Besonders hatte er es sich angelegen sein lassen, das rein menschliche in dem Charakter dieses „Veldens“ zur Geltung zu bringen, um die Hauptangabe seines Dramas um so vollständiger zu machen und den Verständnis und dem Mitleid des Publikums um so näher zu bringen. Dabei hatte er nicht ängstlich geflickelt und nicht unfehlbar und berechnend bei jeder Szene nach der Wirkung und der Chance einer baldigen Aufführung geschaut, sondern er hatte sich von seinem rationalen literarischen Gefühl leiten lassen, und den „Velden“ seiner Dichtung nicht nur als Helden, sondern auch als Menschen dargestellt, der, wie jeder andere Sterbliche, menschlichen Leidenschaften und menschlichen Irrtümern und Fehlern unterworfen war. Eine besondere Wirkung erhielt das Drama durch scharfe Charakterisierung der Gegenstände zwischen dem König und seinem Sohn, dem jungen Friedrich, und der sich daraus ergebenden Konflikte. Es war eigentlich das uralte Drama des Gegenfalls zwischen dem in alten überlebten Anschauungen wurzelnden und auf jeing

Besten einer an ein frisches Grab geschrieben. Franz Joseph Ehrhardt geht zu jenen Genossen, die noch beinahe von Anfang an dabei waren, er steht mehr als in der Mitte der fünfziger Jahre überflüchten hatte, gehört er seit mehr als einem Menschenalter der proletarischen Bewegung an, und noch ehe ein graues Haar an seinen Schläfen glänzte, gährte ihn die Partei zu ihren Aikern.

Unter den Charakterzügen, die die junge Bewegung der fünfziger Jahre zierten, erscheint Ehrhardts ausgeprägter Persönlichkeit als glückliche Verbindung tüftmischer Begabung mit starker selbstbewusster Lebensfreude. Ehrhardt arbeitete unter den Jüngern und Drängern zu den Stürmischen, aber der Freund Moses und Mitbegleiter der Freiheit ist deshalb doch immer alles eher als ein weltabgewandelter Geist gewesen. Vor allem Bestimmtes der Weltauffassung und übers Ziel hinaus schießendes Berühmtheit schloßte ihn die frohe Lebenskraft seines überbelebigen Temperaments. Und so blieb Ehrhardt auch in späteren Jahren durch den männlich lebensfrohen Zug seines Wesens ein trefflicher Berater in schweren Zeiten. Sein Humor, dessen göttliche Großheit ohne verlebte Schärfe war, hat in unseren Parteifreizeittagen und tüftmischen Debatten seine Blüte erreicht.

Dieser wackerlose Geselle war so ganz und gar Sohn seiner Heimat, daß er trotz seiner langjährigen Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter wohl niemals in der Hauptstadt der preussischen Mark Brandenburg nicht zu Hause gewesen ist. Sein ganzes Wesen nutzte im Mutterboden seiner Pflanz, hier war sein Dasein, hier fand seine ständige Würdigung in der Achtung der Mitbürger aus der politischen Gegner. Hier war und blieb auch das Feld seiner Tätigkeit für den Mann, der von seinen zeitlichen Gesellenfahrten als Meister nicht bloß seines Handwerks sondern auch politischen Wirksamkeit und gereifter Weltanschauung zurückgelassen war. Den Kaiser und den Mannheimer, den Eisenacher und den Kasseler, Dresden und Ehrhardt, beide hat nun die Erde. Die Partei aber wird das Andenken dieser Männer in Ehren halten, denen die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Süddeutschen des Deutschen Reichs so unendlich viel verdankt.

Ueber den Stand des Bagdabahnunternehmens

Und seine politische Bedeutung veranlaßt ihn, Lansburg sehr bemerksame Mitteilungen in seiner Monatschrift Die Welt an. Die Bagdabahn, die das Mittelmeerbecken und Kleinasien mit dem Persischen Golf verbinden und das einst so fruchtbare Mesopotamien wieder der Kultur erschließen soll, ist bisher über die 200 km lange Teilstrecke Ostia-Bulgurli noch nicht hinausgekommen und soll erst neunjährig innerhalb sieben Jahren um 840 km nach Mosul am Tigris weiter geführt werden. Bis zur Vollendung sollen dann noch weitere 500 km zu überbrücken. Lansburg findet dieses Unternehmen der Deutschen Welt aus zahlreichen Gründen sehr bedenklich. Die Bahn über Jahrzehnte lang unrentabel bleiben, sie bedarf also zu ihrer Erhaltung der Garantie durch die türkische Regierung. Diese Garantie zu erhalten ist nach heftigen Bemühungen gelungen, sie ist aber auf den Kilometer berechnet für die teure Strecke Bulgurli-Mosul nicht höher als für die kostspielige Ostia-Bulgurli, und ihre Unterlagen sind keineswegs gut. Dazu kommt, daß die Engländer den nördlichen Schließpunkt des Schifffahrtswegs durch Ästien der Konstantinopeler Handels-Gesellschaft und den südlichen Endpunkt bei Kneit, in dem sie den ganzen Persischen Golf für britische Interessensphäre erklärten, unter ihre Kontrolle gebracht haben. Ferner haben sich die Engländer das Recht der Schifffahrt auf den Euphrat gesichert. Da nun der Export Mesopotamiens aus Stapelgütern wie Baumwolle und Getreide besteht, ist anzunehmen, daß er nicht den teuren Weg mit der Bahn nach Norden, sondern den billigeren Stromabwärts und über See nehmen wird. An eine europäische Kolonisierung des Landes ist nicht zu denken, die Verwallung des Weidelandes in Ackerboden wird den Ertrag der Hammelweide, die dem Bahunternehmen als Garantie verpfändet worden ist, läändig herabziehen lassen. — Lansburg erkennt die Bedeutung der Bagdabahn als strategische Bahn für die Türkei und als Kulturwerk ersten Ranges durchaus an, findet aber, daß sie ein schlechtes und überaus riskantes Geschäft für die Deutsche Welt und das deutsche Kapital ist. Auch in Ausdrück der Welt, dessen Chef noch am 24. März erklärte, die Regierung werde „alles daran setzen“, um das Unternehmen zu fördern, soll man heute an derer Ansicht ändern sein und möchte den südblichen Teil der Bahn von Bagdab bis Kneit ganz dem Engländern überlassen. Lansburg hat die Meinung, daß die Aufhebung der Bagdabahn in Teilstrecken, die unter den Einfluß verschiedener Mächte gestellt werden sollen, gefährlich ist, weil sie zur Quelle neuer Meinungen werden kann. Darum schlägt er vor, die Bagdabahn ungeteilt der Verwaltung der Großmächte zu unterstellen, jedenfalls bedeutet jedoch die eine wie die andere Lösung des Bagdabahnproblems ein Ende der hochliegenden Pläne, die von deutschen Außenpolitikern an dieses Unternehmen geknüpft wurden.

Die Wirkung der Wundersolle.

Je weiter die Kritik um sich greift, desto mehr stellt sich heraus, daß die Sozialdemokratie in der Schilderung der Sozial

Autorität possenden Vater und dem modern empfindenden, nach geistiger Selbständigkeit verlangenden Sohne, und gerade dadurch erhielt die Dichtung etwas ungemein Wadendes, Dramatischen und einen echt menschlichen Zug, der es für jeden, auch den Niedrigststehenden, interessant und innerlich fesselnd machte. Denn ähnliche Konflikte, in denen hier Vater und Sohn miteinander in sich künftigher Weise rangen, hatte ja fast jeder selber durchgemacht.

Als die letzte Liebesarbeit fertig war, wurde die Frage dringender: welche Wühne bot die glänzendste Aussicht auf baldige Annahme und auf einen ausgiebigen Erfolg? Der Dichter empfand seine Unzulänglichkeit und geringe Erfahrung, diese wichtige Entscheidung selbst zu entscheiden. Seine Eltern, mit denen er sich befragte, rieten in ihm den besten Rat an, sich um einen erfahrenen Journalisten oder Schriftsteller zu wenden. Er folgte dieser Anregung und entschloß sich, Dietrich Lederhose, den er ja im Hause des Kommerzienrats kennen gelernt hatte und der ja bekanntlich gute Beziehungen zu Künftlern betrieb, aufzusuchen.

Dietrich Lederhose empfing den Dichter in sehr lebendiger, sympathischer Weise. Denn er hatte sich nicht nur mit dem Journalisten als großen Respekt wie vor dem Offizierlande —, und zweitens bestand sich der Mitarbeiter des Heftungs-Anzeigers in ruhiger Laune. Er hatte vor kurzem dank der Protektion seines neuen Gönners, des Kammerherrn von Falkenberg, seinen ersten Orden: den Kronenorden dritter Klasse, erhalten, und sein Selbstgefühl war sehr hoch zu stehen. Er schien noch ein Erledigtes gemadhen. Mit großen Klängen trug er sich. Es war sein fester Voratz, auf dem nächsten Preisball mit mindestens drei Orden auf seinem Preisaufschlag zu erscheinen. Seine Vorbereitungen, um dieses folge Ziel zu erreichen, hatte er bereits gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

gen der Polpolitik nicht zu schwarz gemalt hat. Die Handelskammer in Götting sagt in ihrem Jahresbericht:

Da in unserem Bezirk die bearbeiteten Industriellen überwiegen, wurden die höchsten Verzehrszölle, wie schon angebeutet, in besonderer Weise durch die Erzeugung der Rohstoffe und Ausgangsmaterialien ungünstig beeinflusst. — Ganz besonders scharf muß das Verhalten der Rohstoffe in die Kategorie gerügt werden, die das Ausland nach wie vor reichlich verjagert, die einheimische Industrie dagegen vernachlässigten, ja zeitweise beinahe lahm legten und, ihre Stürze ausnützend, Abzölle zu hohen, der rüdgängigen Konjunktur nicht mehr entsprechenden Preisen bis zum 31. März 1900 erzwangen.

An einer anderen Stelle des Berichtes findet sich dieser Passus: Einerseits wurde dadurch zwar die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung gekürzt. Auf der anderen Seite wurde aber, was wesentlich ins Gewicht fiel, die Kaufkraft der gesamten Arbeiterbevölkerung vermindert und die ohnehin durch die Unknappheit herabgerückten Kaufkraft des Publikums noch wesentlich vergrößert.

So sieht der vielgepriesene „Staub der nationalen Arbeit“ aus. Um schwerlich geschädigt aber sind die breiten Arbeitermassen.

Die unzufriedenen Junker.

Am Mai dieses Jahres veröffentlichte die Königsberger Volkszeitung eine Bekanntmachung des Landrats des Kreises Fischhausen, aus der hervorging, daß sich eine Reihe von Amtsvorsitzern und Gutsvorsitzern beim Umsturz und Erneuerung von Ackerlasten erhebliche Unregelmäßigkeiten hatten aufzuweisen können. Die Herren hatten zwar die Aufrechnungsarten ausgefüllt, aber nicht die Karten bei der Landesversicherungsanstalt eingekürzt. In allen Fällen handelte es sich um die eigenen Leute der betreffenden Herren. Demgemäß sprach die Bekanntmachung die nachfolgende Vermutung aus, daß die „Amts- und Gutsvorsteher nicht gekürzt“ haben, um das Geld zu sparen, daß sie aber trotzdem amtlich beurteilt und haben, daß alles in Ordnung sei. Dadurch seien der Versicherungsanstalt sehr erhebliche Beträge verloren gegangen, außerdem aber liege Urkundenfälschung und Betrug vor, wenn diese Herren in rechtskräftiger Absicht begangen seien.“ Der Landrat fügte hinzu: Dieser Tragweite einer solchen Handlungsweise sind sich die Inhaber von Aufrechnungsstellen jedenfalls nicht genügend bewußt.

Die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung erregte in Deutschland großes Aufsehen. Viele bürgerliche Organe drückten sie sogar mit zum Teil recht scharfen Handglossen aus. Die den Amts- und Gutsvorsteher nachsichtige Konervative Presse aber schwieg. Am 6. Juli stellte die Königsberger Volkszeitung, da von einer Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Amts- und Gutsvorsteher wegen Urkundenfälschung und Betrug nichts bekannt geworden war, an die Staatsanwaltschaft in Königsberg eine dringende Anfrage, ob sie denn gegen die Herren nicht einschreiten werde. Hiermit hielt sie sich, auch die konservativen Blätter schwiegen wieder. Jetzt endlich haben sie die Sprache gefunden. Am 18. Juli föhrt die Ostpreussische Zeitung, daß der ausgesprochene Verdacht von Unregelmäßigkeiten ostpreussischer Amts- und Amtsvorsteher vollständig unbegründet sei. Und sie fährt dann wörtlich fort:

Auf Grund von in früheren Jahren vereinzelt vorgekommenen Straffällen, die auch strafrechtlich verfolgt wurden (so u. a. zwei Fälle in Vartenstein, ein Fall in Königsberg, zwei Fälle hier) und bei welchen die Beteiligten zu hohen Freiheitsstrafen — in einem Falle sogar mit Zuchthaus — bestraft wurden, erließ der Landrat von Fischhausen die erwähnte Bekanntmachung, die aber lediglich als Warnung dienen sollte. Die Bekanntmachung konnte freilich bei oberflächlicher Lektüre irrtümlich ausgelegt werden. Das Genossenschaftsamt (gemeint ist die Königsberger Volkszeitung) benutzte diese Gelegenheit natürlich in einschmeichlicher Weise zu seinen altbekannten, gegnigen Angriffen gegen die Behörden und natürlich auch gegen die Junker, obgleich letztere hierbei natürlich gar nicht in Betracht kommen. Auch in den Fällen, in welchen Verurteilungen erfolgt sind, handelt es sich nicht um Junker, sondern um Rechnungsführer, Inspektoren usw. Auf Grund einschmeichlicher Erörterungen an amtlicher Stelle können wir weiter mitteilen, daß auch in dieser Angelegenheit die Staatsanwaltschaft ein eingehendes Ermittlungsverfahren eingeleitet hatte, das aber in jeder Beziehung vollkommen ergebnislos in vergangener Woche eingestell ist. — Die Staatsanwaltschaft hat sich an den Herrn Landeshauptmann gewandt und die dortigen Akten dem Ermittlungsverfahren zugrunde gelegt.

Die Herren Amts- und Gutsvorsteher haben also mehr Glück als Fischel-Landrat; sie werden nicht auf die Anklagebank kommen. Die Ausrede der Ostpreussischen, daß die böse Bekanntmachung des Landrats nur eine Warnung war, ist gar zu plump. Wie kam denn der Staatsanwalt dazu, „ein eingehendes und umfassendes Ermittlungsverfahren“ einzuleiten? Er hätte sich dieser Mühe sicherlich nicht unterzogen, wenn die Bekanntmachung tatsächlich nur eine Warnung gewesen wäre.

Der Terrorismus der Grubenbarone und die Bergarbeiter.

Der Verband der Grubenverwaltungen — gezeichnet Klein, Runt und von Loemstein — erst hat er von uns gestern schon kurz erwähnte Erklärung, in welcher es heißt: „Die in letzter Zeit in Blättern verschiedener Parteierichtungen aufgestellten Behauptungen von einem Geheimbund der Grubenverwaltungen und der niederrheinischen Industrie sind unzutreffend. Der Verband ist im Jahre 1890 gegründet worden und hat im Jahre 1908 durch ordnungsmäßig beratenen Statuten eine breitere Organisationsform erhalten. Die Satzungen sind der Verwaltung eingereicht und den Interessenten zugestellt worden. Auch war die letzte Generalversammlung vom 16. Mai er. öffentlich und für alle Interessenten — eventl. für die Presse — zugänglich. Der Verband bezweckt eingetragenen Zusammenschluß der Bergwerke und Wahrung der gemeinsamen Interessen, besonders in Arbeiterfragen (§ 1) und den vom Ausland betroffenen Mitgliedern Entscheidung zu geben. Dementsprechend ist auch der Verband zum Aufgabeh der Grubenverwaltung zu führen, der bei der Eigenart der Betriebe eine Gefahr für die Sicherheit der Bergwerksarbeiten bildet und eine geregelte Durchführung des Betriebes erschwert. Die über den Kontraktbruch niedergelagerten Bestimmungen (§ 8) haben erst im Februar dieses Jahres weitgehende öffentliche Erörterungen erfahren. Es ist unklar, daß wir die Liste der Namen Kontraktbrücher benennen, um mitleidige Leute zu entfernen. Es ist ferner unklar, daß Kaufleute auf die Sache, wo sie kontraktbrüchig geworden sind, zurückzuführen und weiterarbeiten oder das Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß lösen können.“

Gegen diese Erklärung wie gegen den Terrorismus der Grubenbarone protestierte am Sonntag in Dortmund eine von 1500 Personen besuchte Bergarbeiter-Versammlung. Genosse Schafte setzte die so barmhiesig klingende Erklärung der Bergverwaltungen in das rechte Licht. An der Hand des Statutes des Geheimbundes der Grubenbarone konnte er nachweisen, daß die Erklärung der Grubenverwaltungen auf eine Zurechnung der diffen-

tierten Meinung berechnet ist. Aus dem Statut geht auch deutlich hervor, daß es sich um eine Neugründung handelt. Das Statut, das zuerst durch die Parteipresse veröffentlicht worden ist, wurde beschließen in der konstituierenden Generalversammlung vom 22. Januar 1908!

Der weiteren Erklärung der Grubenverwaltungen, der Verband habe am 16. Mai dieses Jahres in Essen in aller Öffentlichkeit getagt, steht entgegen der Befehle der Essener Polizeibehörde, daß bei der Eröffnung des Grubenverbandes nichts bekannt sei. Einer muß nun die Unwahrheit gesagt haben: entweder die Grubenbarone oder die Polizei.

Daß der Geheimbund allerdings tausende Vergeltete drohlos macht, wird bewiesen durch die letzte schwarze Liste, die Ende Juni verfaßt worden ist, auf welcher 3876 Personen verzeichnet stehen.

Diese annähernd 4000 Personen haben nicht gekürzt und sind auch sonst in ihrer Wehrtheit nicht kontraktbrüchig geworden. Es ist erwiesen, daß eine Menge Vergeltete auf der schwarzen Liste stehen und auf Monate ausgeworfen werden sollen, die ordnungsgemäß gekündigt haben. Es sind auch neuerdings Leute gemeldet worden, wegen der Landtagswahl. Auch diese Gemeldeteten sind die schwarze Liste. Der Bergarbeiterverband hat das Beweismaterial der Staatsanwaltschaft eingereicht.

Das Sperrsystem wurde auch gehandhabt, als jüngst auf Seite Engelsberg ein Schachtbruch erfolgte. Die Vergeltete konnten nirgends Arbeit erhalten, weil die Verwaltung von Engelsberg sich weigerte, Ueberweisungslisten auszustellen, die von anderen Zechen verlangt wurden. Eine Bescheinigung, die schließlich ein Beamter der Zechenbehörde ausstellte, wurde zurückgewiesen. Wollten die Vergeltete unter allen Umständen Arbeit haben, hätten sie auswandern müssen.

Daß sich die Vergeltete diesen Terrorismus der Grubenbarone auf die Dauer nicht gefallen lassen werden, kam in der Versammlung deutlich genug zum Ausdruck. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die preussische Sparpolitik als Mörder.

Bei dem Brückenbau in Köln sind acht Arbeiterleben vernichtet worden. Ein fadmännlicher Mitarbeiter der Köln. Zeitung untersucht nun die Frage, wen die Schuld und die Verantwortung für den Einbruch trifft. Er stellt zunächst fest, daß höhere Gewalt dem Einbruch nicht beizuzurechnen ist. Vauher der Brücke, die hauptsächlich Eisenbauzwecken dienen soll, sei der preussische Staat, insbesondere die dem Minister der öffentlichen Arbeiten unterstellte Staatsbauverwaltung. Hier solche Bauten werden besondere Bauarbeiten erfordert, die die Eisenbahndirektionen unterstellt seien. Die statische Berechnung und konstruktive Durcharbeitung der Pläne werde den großen Brückenbauingenieuren überlassen, weil es den Bauabteilungen für solche umfangreichen Arbeiten an den Hilfskräften fehlt. Sämtliche Einzelpläne mit statischer Begründung seien der Bauabteilung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen, auch die bezüglich der nötigen Hilfskonstruktionen. (Am Köln ist die zur Montage der Hauptbrücke errichtete Hilfsbrücke eingestürzt.) Der Bauabteilung liege die Bauleitung ob.

Es habe zu übersehen, daß die Bauausführung genau nach den genehmigten Plänen erfolgt, daß die hierbei vom Unternehmer zu treffenden Maßnahmen den Regeln der Technik entsprechen und etwaige gefährdende oder fehlerhafte Anordnungen vermeiden oder unterlag werden. Die bauleitende Behörde sei gemüßigtmaßen selbst Baupolizei in bezug auf ihre Bauausführung.

Der fadmännliche Mitarbeiter geht dann auf die Frage der möglichen Ursachen des Brückensturzes heran und schreibt weiter:

„In jedem Falle trifft den Unternehmer, der den Fehler begangen hat, die Hauptschuld. Sache der behördlichen Bauleitung aber wäre es gewesen, den Fehler, soweit es sich nicht um einen brüchigen Materialfehler handelte, zu bemerken und zu vermeiden, wie sie denn auch bekanntlich feinerzeit, als die Brücke sich während der Verfertigung als zu schwach herausstellte, diese Arbeit bis nach dem Einbau von Verankerungsbalken unterlag, um damals einen Unfall vorzubeugen. Inwiefern die zuständige Bauleitung mit Hilfe ihres aufseherischen nicht zu zahlenden Personals in der Lage war, eine wirksame Aufsicht auszuüben, entzieht sich der Beurteilung unteiliger Kreise.“

Dann wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß wohl jetzt, zur Ueberwachung der Aufbaumarbeiten (1) an dem eingestürzten Brückenbau ein verantwortlicher Regierungsbaumeister bestellt worden sein solle, daß aber ein solcher verantwortlicher Regierungsbaumeister als besonderer brüchiger Bauleiter für die eisernen Ueberbauten der Brücke nicht vorhanden gewesen sei.

Das sind schwere Anlagen gegen die Sparpolitik der preussischen Eisenbahnverwaltung, die, wie schon so oft, auch hier wieder bei ihrer Spar- und Ueberzuchtspolitik ohne die gebotene Rücksicht auf Betriebsicherheit und Menschenleben vorgegangen zu sein scheint.

Nach dem Eulenburgprozeß.

Der Abbruch des Eulenburgprozesses hat in der Presse eine Fülle von Betrachtungen und Interviews hervorgerufen, von denen die des Malin die auffälligsten sind. Der Berliner Vertreter des Pariser Blattes hatte nämlich eine Unterredung mit dem Oberstaatsanwalt Jsenbiedel. Dieser erklärte, daß er schwere Stunden durchlebte, als er nach dem anstehenden Wolke-Garden-Prozeß, in dem er von Eulenburgs Unschuld überzeugt war, nun zum Angeklagten des Fürsten werden mußte. Er sagte, er habe vor ihm so schwer zu tun, als er auch gegen das Mißtrauen kämpfen mußte, das Eulenburg den Geschnorenen einflößte. Aber der Staatsanwalt müsse seine Pflicht tun. Eulenburg habe — so sagte er — sich hemmungslos und unbedingte beteiligt. Um Zeugnis Ernst sei gar nicht zu zweifeln. Die Aussage Mißels allein habe nicht genügt. Bei einem etwaigen Urteil käme in Frage, ob Fürst Eulenburg einen falschen, wissenschaftlich oder unwissenschaftlich begangenen habe. Im ersten Falle habe der Angeklagte Zuchthaus zu erwarten, im anderen Gefängnis. Wie die Sache jetzt liege, hätte Dr. Jsenbiedel Zuchthaus beantragt, aber vielleicht könnte sich später der Eindruck noch ändern.

Die Unbedingtheit des Berliner Staatsanwalts hat das lebhaft Befremden eines Teils der französischen Presse erregt; man findet es in Paris seltsam, daß ein öffentlicher Angeklagter seine Meinung über ein solches Verfahren in Interviews kundgibt. Der französische Adel kann aber Herrn Jsenbiedel besten Stellung ohnehin als erlöhnter gilt, gefährlich werden, und so hat er sich bereit, einem Interviewer der W. Z. a. M. zu erklären, daß er dem Vertreter des Malin nichts gesagt habe, was er nicht auch schon bei der Begründung der Verurteilung anträge ausgeführt hätte.

Auch Gorden hat dem Berliner Korrespondenten des Malin seine Ansicht über die Verurteilung des Eulenburg-Prozesses mitgeteilt. Er sagt, er habe diesen Ausgang erwartet und schon vor Monaten vorausgesagt, daß der Angeklagte sich

der Verhandlung entstehen würde, wenn sie eine unangenehme Wendung nähme.

Eulenburg ist allerdings krank, aber aber doch verstanden, mit dem Bewusstsein, dass die Angelegenheit sein Leben zur Verfügung zu stellen. Auf die Frage, ob er selber nicht Eulenburg des Mittels würdig finde, antwortete er, dass er mit jedem Angeklagten Mitleid habe, aber er halte es für wohlfeiler, Romadantentum, sich, wenn man einen Kampf begonnen habe, über den Verwundeten zu beugen und Trauergebärden zu mimieren. Er erklärte weiter, Hofrat Kähler habe noch einen zweiten Versuch gemacht, den Zeugen Ernst zum Miteid zu verleiten. Er habe im Februar 1908 dem Ernst einen eigenhändigen Brief des Fürsten überbracht, den er, nachdem Ernst ihn gelesen, wieder an sich genommen und an den Fürsten zurückgeschickt habe. Nach der Zeugen Brand hätte bei seiner Vernehmung sensationelle Verlautbarungen machen müssen, er hätte über die Beziehungen ausfragen können, die zwischen dem Prozeß des Reichsanstalters Fürsten Bülow gegen Brand und dem Prozeß Eulenburg bestehen.

Den Grundsat, daß gegen Kranke, die durch ihr Leiden in ihrer Verteidigungsfähigkeit beschränkt sind, nicht verhandelt werden soll, besonders dann nicht, wenn sie unter einer so schweren Anklage stehen wie Eulenburg, hätte auch Herr Garben eine Trauergebärde gelten lassen dürfen.

Gang vom anderen Ende als der Herausgeber der Zukunft fassen die Berliner neuesten Nachrichten die Sache an, indem sie meinen, die Grausamkeit einer solchen Prozeßverhandlung würde bei gleicher Sachlage einen Arbeiter oder gar einen Sozialdemokraten gegenüber niemals vorkommen, und daraus folgern, es gäbe heutzutage keinerlei Recht, ein mildes für das Proletariat, ein scharfes und rücksichtsloses gegen die Vertreter von Rang, Reich und Bildung. Als allgemeine Behauptung ausgesprochen kann diese Bemerkung nur die ein blutiger Witz wirken. Auch im Fall Eulenburg kann von einer Vermeidung des Angeklagten wegen seines Standes höchstens im Sinne die Rede sein, daß die Justiz in seinem Falle eine doch größere Rücksicht an den Tag legen und zwischen unzulässiger Rücksichtnahme gegenüber dem Fürsten und demontrierender Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Kranken halbes hin- und herhinstreife.

Erziehung zu politischer Verbündung. In einer Reihe von Provinzialblättern fand sich vor einigen Tagen ein Artikel, der dazu bestimmt war, den politischen Spießer im Sinne der in gewissen Kreisen beliebten Kriegshege zu bearbeiten. In dem Artikel hieß es unter der Epigraphik „Ruhig Blut“ u. a.:

Kaiser Wilhelm hat dem deutschen Volke ein gutes Beispiel gegeben. Kaltblütig und ruhig ist er auf der Höhe aller in Begleitung eines Kreuzes und eines Lorbeerzweigs (auf seiner Nordlandreise) durch die große britische Flottenflotte durchgefahren und hat deren Größe dankend entgegengenommen. Er hat damit einen Mut der Selbsttätigkeit bewiesen, der manchem Deutschen in diesen Tagen bewegter internationaler Vorgänge bereits abhanden gekommen war. Sollte man doch vielfach die bange Frage vernehmen, ob der Kaiser denn wirklich auch in diesem Kommando die genöthigte Nordlandreise antreten werde. Die Befürchtung sei doch nicht von der Hand zu weisen, daß die gewissenlosen Engländer die gute Gelegenheit benützen, den Krieg vom Saun brechen, und den fern vom heimathlichen Schutze weilenden Kaiser einfach fortfangen könnten! Solche phantastischen Wäsen hatte bereits hier und da die mächtig angehaufene Nervosität getrieben.

Kaltblütig und ruhig wird mit solchem byzantinischen Witz die öffentliche Meinung bearbeitet. Man weiß wirklich nicht, worüber man mehr staunen soll: über die Gewissenlosigkeit der Kreie, die solchen gemeingefährlichen Quark zusammenflicken, oder über den politischen Stumpfsein des deutschen Bürgertums, das sich solchen Witz ohne Protest fernieren läßt.

Der Wasthofer des Lucanus. Seit 1888 ist Lucanus Chef des Geheimen Zivilkabinetts und als solcher der Schreden aller Minister. In letzter Zeit wurde seine Erkennung gemeldet und heute berichtet die Nordd. Allg. Ztg., daß der Regierungspräsident v. Valentini in Frankfurt a. O. mit seiner Vertretung beauftragt wurde. Dieser präzidentäre Erbe ist bisher noch nirgends hervorgetreten.

Köller geht. Der bereitete Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, v. Köller, scheidet aus seinem Amt. Herr v. Köller ist von Piasio zu Piasio geeilt, erst verfuhrte er es mit den Sozialdemokraten, dann mit den Dänen, bis er schließlich in Elsaß-Lothringen landete, um auch dort seine Lorbeeren zu ernten.

Schnelch nach einem Sozialistengesetz hat wieder einmal die Post. Sie würdigt in ihrer Art die von den Berliner Parteigenossen veranstalteten Protestversammlungen gegen die demagogische Kriegshege und kommt dabei zu dem Schluß:

„Und da die Sozialdemokratie anflüchtigt, solche staatsfeindlichen Demonstrationen im ganzen Range zu veranstalten, so drängt sich die eine Frage auf: wie lange wird die Regierung solchen frivolsten Unterstellungen mit verschränkten Armen gegenüberstehen?“

Die Post ist das Organ der Panzerplattentypisten, denen der Krieg und auch schon das Kriegsgeschrei klingenden Profit bringen. Deshalb wünschen diese Kreie, daß Friedensdemonstrationen, die ihnen das Geschäft stören, unter allen Umständen unterdrückt werden; wenn es nicht anders geht, dann durch ein neues Ausnahmegesetz.

Antifeministische Wahlrechtsfeinde. Zu den Gründern der Deutsch-sozialen Partei gehört neben Ziebermann von Sonnenberg ein gewisser Theodor Frisch, der in Leipzig eine Zeitschrift herausgibt, die den kernstarken Titel: „Hammere führt Antifeminist Frisch“ hämmert mit Vorliebe auf dem Reichstagswahlrecht herum. Im Juniheft seines Organs führt er aus:

„Dat die Gesellschaft sich doch bis zu dem Wahnsinn des allgemeinen, gleichen Wahlrechts verziehen, um ja in jedem Hinsicht den Großwahn zu erweisen, daß er den höchsten Menschensehnsucht gleichsteht, natürlich auch in seinen Ansprüchen. . . Der Volkswille ist Franz, und es kann heute nichts Gefährlicheres geben, als diesem kranken Volke allen Willen zu tun, ihm das Selbstbestimmungsrecht zu

lassen. Es müßte schon jemand mit väterlicher milder Strenge dieses Volk unter seine Obhut nehmen, um es gegen seinen Willen wieder gefügt zu machen.“

Dieselben Antifeministkreie schwören bei Wästen Stein und Wein, daß sie die außeralltäglichen Güter des Reichstagswahlrechts seien. Allerdings nimmt diese Gesellschaft kein demstehender Mensch mehr ernst.

Schleifische Magnaten. Im Scherischen Tag befandelt Dr. Friedrich Berlin den schleifischen Montanbesitz. Er nennt dabei nur die größten Besitzer, als solche werden aufgeführt:

Der Fürst	rund 83 000 Hektar.
Fürst Hohenlohe	„ 42 000 „
Fürst Biele	„ 40 000 „
Herzog von Ratibor	„ 33 000 „
Fürst zu Stolberg-Berningerode	„ 27 000 „
Prinz Hohenlohe-Ingelfingen auf Rodentim	„ 25 000 „
Graf v. Döbel, Fürst v. Donnermarsch	„ 22 000 „
Dugo, Graf v. Arburg, Döbel v. Donnermarsch	„ 16 000 „
Graf Thiele - Wandler	„ 15 000 „

Als großer Besitzer kommt auch noch der frühere Reichstagspräsident Graf von Ballestrem, in Betracht, dessen Steinsohlengruben im Jahre 1907 1 200 000 Tonnen Kohle gefördert haben.

Deutscher Katholikentag. Die Germania veröffentlicht schon die Einladung zur 55. Generalversammlung der katholischen Deutschen. Der Katholikentag findet in Düsseldorf in den Tagen vom 15. bis 20. August statt. Das Programm ist das übliche: Gottesdienste, Arbeiterfestzug, Gottesdienst, öffentliche und geschlossene Versammlungen.

Denunziantentücken eines Fürsten. Der Dreher Kritische vom Vorkriegs in Oberhesseln ist ein eifriges Mitglied des Gewerkschafts der Maschinenbauer und Metallarbeiter (S.-D.), aber er ist auch ein ebenso patriotischer Kamerad des Marinevereins von politischeren Nationalgefühl, daß ihn allerdings nicht hindert, mit der deutschen Sprache auf gefahrvollem Fuße zu stehen. Dieser Mann schloß sich in seinen besten patriotischen Gefühlen bereit, als er erfuhr, daß der Herr v. Bismarck aus Bismarck dem Reichsfeinde, dem Zentrumsmann, bei der Wahl seine Stimme gegeben habe, und sein Jörn wuchs ins Ungemessene, als er sich erinnerte, daß dieser Herr v. Bismarck Mitglied des Marinevereins ist. Das mußte geküßt werden, und so nahm er — wahrscheinlich des größeren Nachdrucks halber — einen Briefbogen mit der Firma des Gewerkschafts und schrieb an den Vorstand des Marinevereins: Gewerkschaft der Deutschen Maschinenbauer u. Metallarbeiter (S.-D.) Ortsverein Bismarck-Vorort.

Herrn Tiefbau-Ingenieur Beder

Wenn ich an Sie heranträte, so hätte ich in Interesse der deutschen Nationalen Pflicht in Oberhesseln. Das Mitglied Ernst Bismarck aus Bismarck vom Marineverein hat sich bei der jetzigen Landtagswahl als politischer Zentrumsmann, hier erachten hierdurch eine grobe Verhöhnung des Marinevereins, da doch der Marineverein in erster Linie die Aufgabe hat, das Nationalhe Bewußtsein zu pflegen in Oberhesseln.

In vertauschter Aufmerksamkeit zeichnet August Kritische, Vorort.

Die Herren Fürsten können auf diesen „nationalen“ Denunzianten stolz sein.

Ausland.

Schweiz. Basillieseits Auslieferung. Die „freie“ Schweizer Republik hat es ungeheuer eilig gehabt, den russischen Revolutionär Basillieseits den zürcherischen Behörden in die Hände zu liefern. Und die deutsche Polizei hat bei diesem Liebeswerk ihre hilfreiche Hand geboten. Nach den Mitteilungen der Genfer Tagespresse hat man Basillieseits bereits am vergangenen Sonntag über der deutschen Grenze befördert. Die Schweizer Behörde hatte bei dieser Anleihe die größten Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Um etwaige Befreiungsversuche durch seine russischen Freunde zu vereiteln, hatte man vom Gefängnis aus zwei Drohreden abfahren lassen. In der ersten hatte der falsche Basillieseits, ein durch Wäste unfähig gemachter Polizeimann, unter scheinbar scharfer Bewachung Platz genommen. Durch dieses Manöver wurden die am Bahnhof zahlreich versammelten Freunde Basillieseits bühnen. Der wahre Basillieseits war mittlerweile mit der zweiten Drohrede an einem Nebeneingang nach dem Zuge gebracht worden. Drei Kriminalbeamte begleiteten den Unglücklichen, der sich übrigens sehr gefaßt zeigte, bis nach Vorarod, wo er bekanntlich den deutschen Polizisten übergeben werden soll. In der Schweiz ist man bis weit in die bürgerlichen Kreie hinein über den Beschluß des Bundes-Gerichts aufgebracht, und es war bereits eine Petitionsbewegung im Gange, durch die eine Wieder-aufhebung der bundesgerichtlichen Entscheidung herbeigeführt werden sollte.

Dänemark. Die Sittenzustände in der Inneren Mission und in der königlichen Leibgarde. Fräulein Eise, die Vorsteherin des Magalaneheims in Kopenhagen machte jüngst auf der Jahresversammlung der Inneren Mission Aufsehen erregende Enthüllungen über die sittliche Verwahrlosung in der Inneren Mission, sowie innerhalb der königlichen Leibgarde. Die Dame behauptet einestheils vom Entstehen der Missionen, daß junge, unerwachsene Mädchen von Mitgliedern der Christlichen Vereinigung für junge Männer verführt und verderben würden, andernteils, daß in dem königlichen Schloß Amalienberg in Kopenhagen „ein schreckliches Leben, das Gott sich erbarnten möge“, geführt werde. Dort seien 20 blutjunge Mädchen, von denen nur zwei über 16 Jahre alt waren, von der königlichen Leibgarde verführt und verderben worden. „Ich verfuhrte sie zu retten“, sagte Fräulein Eise, aber das war keine leichte Arbeit, und ein angelegener Polizeibeamter, der mir behilflich war, erhielt dafür eine ernste Zurechtweisung.“ Das einzige, was sie erreichte, war, daß der alte Vorleiter, in dessen Stunde die milden Organe vor sich gingen, mit Pension verabschiedet wurde.“ Die Dame hatte weiter behauptet, daß unter den Soldaten auch homosexuelle Unzucht getrieben wird, dermaßen, daß in einer Abteilung von 100 Mann kaum zehn seien, die nicht bereit wären, ihren Körper für fünf Kronen zu verkaufen. Der Chef der königlichen Leibgarde ist dem Namen nach der Kronprinz Kritikon; ihr Vorgesetzter ist aber zurzeit ein Oberst Arendrup. Dieser äußerte sich

so über die Beschuldigungen der Wärdisten, als kein vernünftiger Mensch daran glauben konnte, und meinte, daß, wenn es von ihm abhängt, nicht in der Sache unterommen werden sollte. Auf der anderen Seite hat der Leiter der inneren Mission verheißene Rettungsarbeiten erkräftigt, nichts mehr über die von Fräulein Eise vorgebrachten Dinge zu veröffentlichen.

Natürlich wird es nicht gelingen, diesen ungeheuren Skandal in der Öffentlichkeit zu unterdrücken, und jene alte Dame scheint auch nicht gewillt zu sein, ihre Beschuldigungen zurückzunehmen oder abzulassen.

Belgien. Vanderveelde's Reise nach dem Congo beginnt, wie wir schon mitteilen, am 23. ds. Mts. Aus einem Aufschreibebriefe, den der Wäpse von ihm erhielt, ersehen wir, daß seine Reise auf drei Monate berechnet ist. Er will mit seinem Reisebegleiter Vandervinden von Yona aus verschiedene Orte nach dem Innern des Landes bis hinauf zu den Kongofällen unternehmen. Der Genosse Vanderveelde bemerkt ausdrücklich, daß er sich gar nicht einbilde, nach etwa den Congo wirklich zu kennen, aber es gibt doch viele Dinge, die aus seinem Berichte und nicht aus Büchern zu lernen sind, sondern die man selbst sehen muß, um sie recht zu verstehen und zu begreifen. — Sicherlich wird unser Genosse Vanderveelde von dieser Reise vieles profitieren und da Vanderveelde dem Wäpse regelmäßige Korrespondenzen zu senden wird, kommen vielleicht auch wir in die Lage unserer Leser einiges aus diesen Reiseberichten mitteilen zu können.

Zürich. 7000 Soldaten und Offiziere haben sich bereits der Aufstandsbewegung in Madagaskar angeschlossen und immer mehr greift die Bewegung zu sich. Offiziere und Soldaten treten geschlossen für die junatistische Reformbewegung ein. Die Regierung des Sultans steht dem Aufstande recht hilflos gegenüber.

Wien. In der perfischen Stadt Tabris haben die Kämpfe zwischen Revolutionären und den Truppen des Schah noch kein Ende genommen. Die Letzteren sollen eine empfindliche Niederlage erlitten haben.

Zur Revolution in Russland.

Die Bundesgenossen des Zaren. Der Justizminister brachte dieser Tage offiziell zu Kenntnis des Bogromitenführers Dubromin, daß er laut Befehl des Zaren die sofortige Vertreibung von 26 Personen, die wegen Teilnahme an verheißenen Bogromen beurteilt waren, angeordnet habe. Nun weiß man wenigstens, wer der Vorzele des russischen Justizministeriums ist.

Aus einem sibirischen „Totenhaus“. Als Dostojewski in seinen „Memoiren aus einem Totenhaus“ die Zustände auf der sibirischen „Katorga“ zu Mitte des vorigen Jahrhunderts schilderte, ging ein Schrei der Entrüstung durch die gesamte zivilisierte Welt. Das „konstitutionelle“ Russland am Anfang des 20. Jahrhunderts hat auch in dieser Beziehung die schlimmsten Zeiten unter Nikolaus I. in den Schatten gestellt: die Zustände, die jetzt in den sibirischen „Totenhäusern“ herrschen, überreffen an unmenschlicher Grausamkeit alles, was die blutdürstige Phantastie zu erfinden vermochte.

Ende Januar dieses Jahres brachen in dem Zuchthaus Nr. 2 in Tobolsk infolge der täglich zunehmenden Kerkerkälte von seiten des Gefängnisdirektors Mlogien Unruhen aus, bei welchen ein Aufseher und zwei Arrestanten getötet und einige Arrestanten vermurdet wurden. Zur Strafe bekamen alle Anwesenden der Kammer, in welcher die Unruhen stattgefunden hatten, und desgleichen die Anwesenden der benachbarten Kammer, die an den Unruhen nicht beteiligt waren, je 100 Rubelbusse und außerdem 40 Gefangene dem Kriegsgericht übergeben.

Anfang April fand das Gericht statt. Während der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Gefangenen im genannten Zuchthaus ganz ungläublichen Forderungen unterworfen worden. So wurden einige Gefangene mit Knuten aus Drahtgeflecht geschüttelt und die Wunden hierauf mit Salz bestreut. Ferner wurde festgestellt, daß als ganz raffiniertes Martyrwerkzeug der sogenannte „warne Karszer“ diente. Der Gefangene wurde in einem ganz engem Raum untergebracht, in dem sich ein Mensch kaum ausstrecken konnte. Von beiden Seiten dieses Raumes befanden sich Öfen, die Tag und Nacht geheizt wurden. Die Temperatur in diesem Karszer war so niedrig, daß niemand hier länger als 24 Stunden aushalten konnte. Sobald der Gefangene die Befimmung verlor, wurde er in den Hof hinausgetragen, zur Befimmung gebracht und hierauf wieder in den Karszer geschleppt. Zu trinten wurde während der ganzen Zeit nichts gegeben.

Trotz dieser Enthüllungen blieb das Kriegsgericht — wie nicht anders zu erwarten war — auf der Höhe seiner Pflicht. Von 40 Angeklagten wurden verurteilt: 3 am Tode, 13 zur Verhängung der Zuchthausstrafe 14 und freigesprochen 13.

Alle zu Tode verurteilten (unter denen sich politische Gefangene fast nicht befinden) reichten ein Gnadengesuch ein; auch das Gericht petitionierte um Aufhebung der Todesstrafe für 5 Personen. Das Urteil wurde aber trotzdem konfirmiert und am 27. April zur Ausführung gebracht.

Gewerkchaftliches.

Beschlagnahme aufgehoben. Die vom Amtsgericht in Dortmund verfuhrte Beschlagnahme eines Patentes holländischer Flugblätter ist auf die Beschwerde wieder aufgehoben worden, da sie tatsächlich nichts anderes enthielt, als eine Aufforderung zum Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation. Die Behörden, die bei dieser Wäpse keine Vorbeeren erzielten, hatten keine gesetzliche Handhabe die Beschlagnahme aufrecht zu erhalten.

Zahlung, Holzweiskig!

Alle Parteigenossen, welche anläßlich des Vollkampfes mit einem Strafmandat bestraft worden sind, werden erkräftigt, sich Donnerstag abend 8 Uhr in der Wohnung des Genossen Bartzig einzufinden. Die Strafmandate sind mitzubringen.

Verantwortlicher Redakteur: Ad. Thiele in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Schluss des Ausverkaufs in einigen Tagen Preise nochmals ermässigt. Wih. Brackebusch, Grosse Ulrichstr. 37, Goldenes Schiffchen, Fernruf 818.

Die General-Verammlung (Freitag) des Wahlkreises Merseburg-Querfurt

fand am Sonntag im Schützenpauze zu Klein-Dehna statt. Anwesend waren 30 Delegierte, die Distriktsleiter sowie die Kreisleitung. Der Frauenverein Schützenpauze war ebenfalls durch zwei Genossinnen vertreten. Außerdem waren noch anwesend die Genossen Drecher (Bezirks-Sekretär), Krüger (Bezirks-Kommission), Schmidt (Agitations-Kommission) und der Kandidat des Kreises, Genosse Röllender-Schmid. Nach einer Begrüßung der Delegierten durch den Gelangereinen und einer Ansprache des Genossen Drecher eröffnete Genosse Müller die Verhandlung. Der frühere Vorsitzende des Kreises, Genosse Böhm, wünschte den Verhandlungen besten Erfolg.

Genosse Müller gibt den Geschäftsbericht und verweist im allgemeinen auf den in der Parteiverfassung erschienenen Jahresbericht. Besonders ist hervorzuheben, bemerkt Redner, daß unsere Agitation unter dem Vorkammler schwer zu leiden hat. Auch haben sich die im Laufe der Zeit gegründeten Kreis- und Vereine durch Maßnahmen der Behörden nicht behauptet. Der Kreis-Verein Groß-Dehna ist aufgelöst, weil der Gutsbesitzer Groß-Dehna den Genossen zur Verfügung gestellt worden ist. Redner konstatiert, daß in einzelnen Distrikten eine Sammelarbeit Platz gegriffen hat, welche teils an den dortigen Genossen selbst, teils an dem Vorkammler liegt. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, daß durch persönliche Beziehungen unserer Seite absonst nicht gebildet werden kann. Gewünscht wird, daß die Kräfte des Kreises als bisher ihre Erziehung finden müssen. Die Mitgliederzahl ist von 1938 im Vorjahre auf 1285 zurückgegangen. Genosse Müller führt diesen Rückgang auf die Erhöhung der Beiträge zurück; weiter betont er, daß eine intensiver Tätigkeit der einzelnen Genossen notwendig ist, um dem Vereine mehr Mitglieder zuzuführen. Bei der Kandidatur wurden ca. 1200 Stimmen abgegeben; erobert wurden in der 3. Abteilung 11 Wahlmänner-Mandate. Auch dieses Resultat befriedigt nicht.

In der Diskussion ist Genosse Sämlich nicht der Meinung, daß der Rückgang auf die Erhöhung der Beiträge zurückzuführen ist, sondern er schiebt die Schuld der Vorkammler zu und wünscht mehr Agitation seitens des Vorstandes. Öffentlich stehen im kommenden Jahre den Vorständen 1200 Stimmen abzugeben; erobert sind doch in den letzten vier Jahren an Straßen über 1400 WM. begehrt worden. Bezirkssekretär Drecher schiebt sich dem an und konstatiert, daß auch die Hauptorte Schützenpauze und Merseburg einer Kritik würdig sind; hat doch sogar das Volksblatt an Verren verloren. Er hält eine Agitation gerade an diesen Orten für sehr notwendig. Genosse Röllender ist der Meinung, daß es immer so ist, daß während der Reichstagswahl eine Anzahl an Mitgliedern zu verzeichnen ist, nach der Wahl, durch die Sammelarbeit der einzelnen aber wieder abnimmt. — Gen. Marx-Welch verurteilt die Schuld auf den Vorstand abzumachen, was ihm aber vom Gen. Wille treffend widerlegt wurde. — Die Annahme der Abnommenten des Halleischen Volksblattes führt Gen. Sämlich darauf zurück, weil das Volksblatt in mehreren Orten einen vollen Erfolg hatte, weil es in Halle gedruckt wird. Dadurch ist es erklärlich, daß die Zeitungs Volkseigenheit eine größere Abonnentenanzahl zu verzeichnen hat.

Es folgen die Agitationsberichte. Genosse Rednagel führt aus: Die Agitation hat diesmal nicht den gewünschten Erfolg gehabt, obwohl in einigen Orten eine Zunahme der Abnommenten zu verzeichnen ist. Es muß mit Hilfe von Flugblättern verurteilt werden, die Arbeiter dem Sozialismus anzuführen. Auch erwidert er die Genossenschaft, mehr als bisher für die Partei tätig zu sein. Kreisführer Sämlich schiebt die Ausführungen Rednagels an und meint, daß die Genossenschaftsbewegung auch mehr tun könne. Es ist schon jahtrelang zu bemerken, daß gerade die Lagerhalter am allerwenigsten für die Partei tun. Er empfiehlt, den Versuch zu machen zu wollen, soweit wie möglich an allen Orten selbständige Schritte zu gründen. Drecher-Halle berichtet, daß in Köthen eine Volksblatt-Gruppe errichtet ist und bisher 30 Abnommenten gewonnen sind. In Obbauhen sind ebenfalls Anbahnungen gemacht worden, welche eine gute Aussicht versprechen. Des weiteren verurteilt er die Presse und weist darauf hin, daß das Halleische Volksblatt einen bedeutend schwierigeren Verbreitungsgebiet hat als die Zeitungs Volkseigenheit. Der Abnommentenpreis (Volksblatt 80 Pf., Volkseigenheit 70 Pf.) spielt eine wichtige Rolle in der Ausbeutung der Zeitung. So muß z. B. auf jeden Abnommenten des Volksblattes in unserer Kreis vor Monats 30 Pf. zugelegt werden. — Dies resultiert aus der Komplexität des Verbreitungsgebietes. Um im nächsten Jahre mehr Erfolge zu verzeichnen zu können, empfiehlt Redner, mit Hilfe von Arbeitern überall eine Organisation zu unternehmen. In der Diskussion beteiligten sich die Gen. Hildebrandt, Schmidt, Kreisführer Sämlich, Rednagel und Diesel. Genosse Drecher beantragt, den Versuch zu machen, mit Hilfe der Arbeitern unsere Organisation zu haben. Die Distriktsleiter sollen verpflichtet werden, die Arbeitern in Umlauf zu legen. Dieser Antrag wurde angenommen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte geht ein, und macht der ausgiebigen Diskussion, welche sich speziell um das Genossenschaftswesen dreht, ein Ende. Ein Antrag Franz-Welch, welcher die Agitationskommission verpflichtet, vierteljährlich dem Vorstand über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten, fand Annahme.

Der Jahresbericht erstattet Genosse Wille-Schneid. Er verweist ebenfalls auf den in der Presse veröffentlichten Bericht. Vorzuziehen mag werden, daß einer Einnahme von 3809,20 Mk. eine Ausgabe von 3536,27 Mk. gegenübersteht. Redner wünscht, daß die Genossenschaften bei wichtigen Anlässen mehr Mittel der Partei bewilligen mögen. Als Beispiel führt Redner an, daß der

Wahlkreis Merseburg-Prozeß 590 Mk. gekostet hat; dieser Betrag ist zum größten Teil von Dietrich-Welch und den in Frage kommenden Genossenschaften in Schützenpauze, bezahlt worden. Der Wahlkreis Merseburg-Prozeß berichtet, die Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben und beantragt dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Annahme erteilt die einzelnen Distriktsleiter ihre Berichte. In der Diskussion über den Geschäftsbericht ist bereits das meiste von den Klagen der Distriktsleiter über Abnahme der Mitgliederzahl erörtert worden. Ein günstiges Resultat weisen die Distrikte Groß-Dehna, Röllender-Wahlkreis, Köthener, Welch und Schützenpauze auf. Genosse Voigt-Buchholtz konstatiert eine Abnahme der Mitgliederzahl. Die Schuld liegt auf Seiten der Genossenschaftsführer und des Volksblattes liegen. So hat der Leiter des Mauerverbandes eine Verammlung in einem der Partei nicht zugänglichen Lokal abgehalten. Ein Eingangs in dieser Sache wurde vom Volksblatt nicht aufgenommen. Als den fraglichen Genossen wurde auf privatem Wege Vorfaltungen gemacht wurden, was die Folge, daß ein Teil aus der Partei austrat. — Genossin Sämlich-Schneid berichtet, daß der Frauenbildungsverein bei Gründung 60 Mitglieder zählte und auf 85 gelassen ist. Der Verein hat sich bestmöglich aufgelöst und wird sich in corpore dem Sozialdemokratischen Verein anschließen. Zusage ist auch in Merseburg gegeben.

Annahme wird in der Beratung der Anträge eingetretet. Angenommen wurden folgende Anträge: Der Monatsbeitrag für weibliche Mitglieder beträgt 20 Pf.; dafür erhalten sie die Gleichheit zugestelt; das Eintrittsgeld beträgt 10 Pf. — Bei größeren Aktionen und Demonstrationen sind vom Vorstand Vorkammler zu befragen und die Vorkammlungen gemeinschaftlich in der Presse bekannt zu geben. — Die Delegierten zum Bezirkstag sind in alphabetischer Reihenfolge aus den Distrikten zu wählen. — Die Delegierten sind mittels Stimmzettel zu wählen und sind verpflichtet, dem Bezirkstag bis zum Schluß beizuwohnen. — Ein Antrag Welch, die Delegierten zum Parteitag zu befragen und die Vorkammlungen gemeinschaftlich in der Presse bekannt zu geben, wurde nach kurzer aber lebhafter Debatte zurückgezogen. — Als Delegierte zum Parteitag wurden vorgeschlagen die Genossen Sämlich, Rednagel, Böder und Röllender; sie lebten aber sämtlich aus verschiedenen Gründen ab. Annahme wurde Gen. Voigt-Buchholtz gewählt. Genosse Drecher wünscht, daß der Delegierte in Frage stehende Sämlich und Wälfert den Beschluß des Parteitagstages gefesselt seine Zustimmung nicht geben soll. In die Agitationskommission werden die Genossen Rednagel, Schred und Drecher gewählt. Als Sitz des Vorstandes wird wiederum Schützenpauze bestimmt. Hiermit schloß Genosse Müller mit einem kräftigen Schlußwort die Generalversammlung. A. S.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 21. Juli.

Das Volkspart-Konzert

Am heutigen Abend, Dienstag, fand unter allen Umständen statt. Trotz der Witterung die Abhaltung des Konzerts im Garten nicht zweckmäßig erschienen, so wird für das Konzert der große Saal zur Verfügung gestellt werden. Wir hätten beinahe hinzugefügt, der Saal werde „gut geheizt“ sein. Allein das wird trotz allem, was die Witterung in den letzten Tagen gebracht hat, nicht nötig sein.

Die Auflösung des Arbeiter-Bildungsvereins

Ist gestern Abend in einer Generalversammlung des Vereins — der letzten — beschlossen worden. Die Auflösung wird am 18. August perfekt werden, die Vereinstätigkeit selbst hat aber bereits mit der letzten Generalversammlung ihr Ende genommen. Vierzehn Jahre lang hat der Verein trotz innerer und äußerer Schwierigkeiten versucht, seiner Aufgabe, Wissen, Bildung und Belehrung unter den Halleischen Arbeitern zu verbreiten, gerecht zu werden. Durch Veranstaltung von Vorträgen, sehr häufig unter Vorführung von Lichtbildern, durch Veranstaltung von Unterrichtsreisen, von Theaterabenden usw. hat der Verein auch über den Kreis seiner Mitglieder hinaus sich Verdienst erworben. Als der Verein im Jahre 1894 gegründet wurde, füllte er auf Jahre hinaus eine Nische in der Halleischen Arbeiterbewegung aus. Die politische und die gesellschaftliche Organisation hatten alle Hände voll zu tun, sich im Tageskampf zu behaupten, sie konnten den Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft nicht in der Weise entgegenkommen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Da sprang der Arbeiterbildungsverein in die Bresche und hat nach dreizehn diesem Mangel abgeholfen, obgleich ihm auch aus den Reihen der Arbeiterschaft mancherlei Feindschaft entgegengebracht wurde. Es hat sogar Arbeit gegeben, die ihre Erziehung dem Verein erworbenen Wissen verdanken und sich dann doch zu seinen Feinden geschlagen haben. Genoss ist auch im Verein mancher Feind und Mitarbeiter vorgenommen, innerlich muß jetzt aber dem Verein am Ende seiner Tätigkeit schmerzhaft genug gesagt, daß er innerlich der Halleischen Arbeiterschaft insgesamt genügt hat, gegenständig nicht allein durch seine allgemeine Bildungsarbeit, sondern auch durch die Pflege der Kunst und des Sportes in seinen Abteilungen. Auch die Gesellschaft ist im Verein zu ihrem Rechte gekommen, und die Feste und ähnliche Veranstaltungen des Arbeiterbildungs-

vereins erfreuten sich innerhalb der Halleischen Arbeiterschaft einer großen Beliebtheit.

Wenn trotzdem zu einer Auflösung des Vereins geschritten wurde, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Halleische Partei- und Genossenschaftsbewegung gewachsen und erkräftigt ist, so daß sie der Anziehung der letzten Parteitage folgend mehr Schwund auf die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft legen kann als es früher der Fall war. Diese Bestrebungen nur noch in die immerhin engergezogenen Grenzen eines Vereins zu legen, war jetzt nicht mehr ratsam. Die große Masse der Halleischen organisierten Arbeiterschaft mußte dafür interessiert werden. Aus diesem Grunde schritt man hier in Halle nach dem Vorbild anderer Städte zur Gründung eines Bildungsvereins auf, in dem Partei und Genossenschaftsarbeit gleichmäßig vertreten sind. Diese Neugründung konnte besser als der Arbeiterbildungsverein die wissenschaftliche und künstlerische Fortbildung der Arbeiterschaft durchzuführen, und aus dieser Erkenntnis heraus wuchs der Gedanke an die Auflösung des Arbeiterbildungsvereins. Der Verein wird nicht gleichsam erloschen, er legt nur seine Aufgaben in die Hände eines leistungsfähigeren Geistes, das nach weiteren Kreise der Bildung zugänglich machen kann, als es dem Arbeiterbildungsverein vermag. Zu diesem Hauptaufstellungsgrunde kommt noch hinzu, daß infolge der auf allen Gebieten auftretenden Zentralisationsbestrebungen eine Anzahl Abteilungen bereits aus dem Verein ausgeschieden waren. Die Turnabteilung war zum Turnverein, die Männerchor zum Arbeiterjugendor übergetreten. Infolge Inkrafttretens des neuen Reichsgesetzes mußte die Jugendabteilung aufgelöst werden, während dem Frauen der Frauenabteilung Gelegenheit gegeben wurde, sich im sozialdemokratischen Vereine zu organisieren. Es blieben nur die dramatische Abteilung und der gemischte Chor, die beide jetzt in corpore ihren Übertritt zum Sozialdemokratischen Verein vollzogen haben. So sind also die Aufgaben des Arbeiterbildungsvereins von größeren und leistungsfähigeren Organisationsformen übernommen worden, sein Ende ist daher ein schmerzliches, weil seine Tätigkeit und sein Streben bisher stets anerkanntermaßen gewesen sind.

Bei dieser Gelegenheit sei des Mannes gedacht, der die Gründung des Vereins veranlaßt und fast ununterbrochen bis zur letzten Stunde die umfangreichen Vorstandsarbeiten geleitet hat, des Genossen Jahnig. In seiner kleinen, wenig in den Vordergrund tretenden Art hat er in der unermüdeten Weise dem Verein in den Bahnen zu erhalten gesucht, die ihm durch seine Satzungen vorgezeichnet waren. Dem Genossen Jahnig schulden nicht allein die Mitglieder des Vereins sondern auch die Halleische Arbeiterschaft Dank für sein Wirken im Arbeiterbildungsverein. Aber auch die anderen Vorstandsmitglieder verdienen für ihre Tätigkeit im Interesse des Vereins volle Anerkennung.

Die gefrige Generalversammlung, die leider nur schwach besucht war, nahm den Tätigkeits- und Kaszenbericht des Vorstandes über das letzte Halbjahr entgegen. Darauf wurde einstimmig beschlossen, den Verein am 18. August aufzulösen. Am 18. August soll ein Schlußfestessen nach Ende der Mitglieder- und Freunde im großen Saale des Volksparkes vereinigen. Dem Vorstande wurden vier Personen aus der Verammlung beigegeben, die mit ihm bis zum 18. August die Schlußregulierung und die Liquidation des Vereins vornehmen sollen. Am 11. August findet eine kombinierte Sitzung zu diesem Zwecke statt.

Ein Streitbrechergeleise

Im hiesigen Generalanleger wurden durch Ankerat tüchtige Kennmarken und Formen nach Berlin für die Eisenbahnen von Fr. Gebauer, Buchstr. 44d, gekauft. Bedingung ist ausdrücklich, daß die Bretterformen dem D. Metallarbeiterverbande nicht an gehören dürfen. — Wie auf eine Anfrage die Berliner Oberverwaltung des Metallarbeiterverbandes mittelst, wird bei Gebauer gestreift.

Monatsbericht des Arbeiterssekretariats

Unser Arbeiterssekretariat wurde im Monat Juni von 622 Personen in Anspruch genommen. Davon sprachen 30 Besucher in ein und derselben Sache wiederholt vor. Auskünfte wurden insgesamt 645 erteilt. 59 Anfragen wurden schriftlich beantwortet; sonstige Schriftsätze 107 angefertigt. Die vorgeschriebenen Anträge betrafen: Arbeiterversicherung 34, Unfallversicherung 25, Krankenversicherung 22, Arbeits- und Dienstvertrag 1, Invalidenversicherung 22, Arbeits- und Dienstvertrag 1, Invalidenversicherung 27, Lohnforderungen 21, Arbeitsvertrag 1, Zeugnisse und Legitimationspapiere 6, Sonstiges 3. Bürgerliche Rechte: Forderungen 27, Kauf 15, Abzahlung 11, Ehe- und Verlobungssachen 30, Unterhaltungs-pflicht 27, Erbschaftssachen 28, Mietrecht 44, Schadenersatz und Selbstpflicht 15, Wohnbeschlagnahme 3, Konturs. Forderung 11, Zivilprozeßsachen 2, Sonstiges 3. Strafrecht: Uebertretungen 8, Verleumdungen 23, sonstige Strafsachen 23, Straf-

Leopold

Frühe Kirschen 7 Pf.
Frühe Stachelbeeren 8 Pf.
Frühe Birnen 15 Pf.

Frühe Gurken 5 Stück 10 Pf.

Neue Kartoffeln 4 Pf. 15 Pf.
Zitronen 10 Stück 20 Pf.
Frühe Johannisbeeren 15 Pf.

Halle a. S. Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Karten mehr hat, soll sofort darum schreiben. Wir erwarten, daß die Vorstände nun sofort dem nachkommen.

Der Zentralvorstand.
J. W. A. Leopoldi.

Wichtig, Arbeiter!

Eine telegraphische Meldung aus Leipzig teilt uns mit, daß heute bei der Firma Sippert in Rastberg bei Leipzig sämtliche Stornomarken gestrichelt haben, weil ihre Forderung des Zahlungsbetrags abgelehnt worden ist.

Ein Wort der Selbsttätigkeit.

Leuchern, 20. Juli. (E. B.) Gleich den sehr bürgerlichen Stadterordneten, die grundlos die beiden sozialdemokratischen Mandate für unglücklich erklärten, jubilierten auch alle anderen Arbeitervereine und ihre Blätter über den unberechtigten Verlust. Das auf der Vaterland-Grube Naumburg den Arbeitern verabreichte Zehnjährer Arbeiterblatt läßt, der Terrorismus, der von der Sozialdemokratie auch bei den Landtagswahlen wieder verübt worden ist, harte ihre Verleumdung. — Die Arbeiter sollten doch endlich das Klapp und klar ansprechen, was sie innerlich fühlen, nämlich, daß sie sich verbiten, wenn ihnen zugemutet wird, ein solches Blatt anzunehmen. Daß der Vergamm im Dienste des Kapitals seinen Körper bei harter Arbeit bestreut, muß er ertragen. Daß ihm aber zugemutet wird, er soll sich durch das Blatt auch innerlich bestreuen, ist: Beweis für die Freiheit des Kapitals. Die einfachste Selbsttätigkeit fordert vom Arbeiter, daß er sich nicht bestimmlen läßt von denen, die ihm ihre Reichthümer verhandeln. Sinaus mit allen bürgerlichen Wählern aus den Arbeiterwohnungen; hinaus auch mit einem Gegenblatt, wie es das Thüringer Arbeiterblatt ist. Es wird den Arbeitern nur scheinbar geschenkt. In Wirklichkeit wird es bezahlt mit dem Lohne, der den Bergarbeitern zu wenig gegeben wird. Arbeiter, laßt euch nicht vom Kapital und seinen Anhängern auch noch geistig terrorisieren, wie ihr euch, um das bishigen Wort zu vermeiden, um ihnen körperlich terrorisieren lassen müßt.

Wenn es wieder zur Wahl kommen wird, dann sollen die Spießbürger den Mund recht aufpassen können über die sozialdemokratische Stimmenzahl, die ohne Terror erreicht wird. Und um das Wort beizubehalten, so werden gewisse Gewerbetreibende erst in Zukunft richtig zu kosten bekommen, wie der Arbeiter über sie denkt. Wägen sie denn noch Verzug zu haben? Terror ist nicht die Lösung, welche alle Dispositionen ändert, entscheidend. Alles Nähere wird noch bekannt gegeben. — Die Kommission wird zu einer Sitzung am Mittwoch abend 8 1/2 Uhr im Kampfe gehalten.

Leh. Freiburg. Der Verkauf von Fleisch findet Mittwoch, Donnerstag und Freitag von früh 7 Uhr statt. Das Fleisch kostet 45 Pf. pro Hund.

— Zum Gewerkschaftsfest ist mitzuteilen, daß das unterbrochene Festjubiläum ebenfalls fortgesetzt wird. Auch sind noch einige Gewinne vorhanden, welche infolge des stürmischen Gewitterwetters nicht abgeholt wurden. Sollte die oder jenem scheinbar Unrecht geworden sein, so möge man dies mit dem eingetragenen Vertreter, welches alle Dispositionen ändert, entscheiden. Alles Nähere wird noch bekannt gegeben. — Die Kommission wird zu einer Sitzung am Mittwoch abend 8 1/2 Uhr im Kampfe gehalten.

Leuchern, 20. Juli. (E. B.) Eine Filiale des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hütten- und Bergarbeiter und Arbeiterinnen ist am Sonntag hier neu gegründet worden. War hierzu, wie immer, erst eine ziemlich umfangreiche Arbeit und Agitation erforderlich, um einen kleinen Stamm zu bilden und zu halten, so hat sich hier trefflich gezeigt, daß bei einigermaßen gutem Willen doch etwas Erreichliches sich schaffen läßt. Waren doch in dieser Veranlassung mindestens 20 Personen anwesend, welche auch fast alle Mitglieder geworden sind. Es befinden sich darunter auch 15—20 Hüttenarbeiter, von denen die meisten bis jetzt noch feiner, auch nicht der politischen Organisation angehört haben. Wie viele können hierzu gewonnen werden? Die meisten hierzu betriebl. Arbeiter, Hüttenarbeiter und Arbeiterinnen. Vorhergenannt ist hier auch eine Filiale des Verbandes der Maschinen- und Heizer gegründet worden. Mögen beide Regierungen die besten Erfolge haben, zum großen Nutzen der daraus entstehenden Vorteile.

Naumburg, 20. Juli. (E. B.) Der Verband der Stein- und Ziegelarbeiter am Schwanen Wäldchen sein jedesjähriges Jubiläum feiernd. Wie hat sich in dieser Zeit die Gehaltsentwicklung der Arbeiter gewandelt! Heute läßt die Fabrik auf Kostenbewußte, hohen Lohn aufstrebende Arbeiter, die einen Teil des zwei Millionenbetriebs der gewerkschaftlich organisierten Proletariat bilden. Das sollte auch bei dem Besitze dadurch zum Ausdruck kommen, daß alle Arbeiter, wenn sie irgend können, die Steinbeute mit befänden. Es macht doch einen niederdrückenden Eindruck, wenn organisierte Arbeiter lieber die Vergnügen haben oder gar hurto-patriotischer Vereine besuchen statt die Feste ihrer gleichgeschickten Mitkämpfer. Das Bewußtsein der unbedingten Zusammengehörigkeit muß von einer Gewerkschaft auf die andere übertragen werden. Das gibt uns die Kraft und die Weisheit, die wir in den bevorstehenden schweren politischen und wirtschaftlichen Kämpfen gebrauchen, um zu siegen.

Leipzig, 20. Juli. (E. B.) Zum hiesigen Gewerkschaftsfest hatten einige Genossen mit den Knaben und Mädchen einen Reigen angeht. Wie einer der Knaben davon so begeistert war, daß er beim Abtreten vom Schulturnen freit Hell rief, sagte der Lehrer Vorname erbot, er werde das Kinderfest zu Wasser machen. Das wird Herr Vorname zu wenig gelingen wie anderen Deuten. Selbst wenn es sich um ein „Kinderfest“ handelte und nicht um das Gewerkschaftsfest, steht ihm kein Verbotrecht zu. Die Arbeiter werden ihr eigenes Fest vollständig besuchen. Die Kinder finden sich pünktlich 1/2 2 Uhr am dem Festplatze ein. Eine Stunde später beginnt nach dem Junges durch den Ort das Fest, das seinen Namen Konert, Turnen, Feiern, Preisgeben, Preisfischen, gelungene und turnerische Vorführungen und abends einen Ball bezieht. Abends 7 Uhr steigt ein Ballon auf. Kurzum, es wird an nichts fehlen, daß der Arbeiter mit Weib und Kind sich wußfühllich kann.

Leitig? oder Arbeiterturner?

Walditz, 19. Juli. (E. B.) Trotz der erfreulichen Entwicklung, die im allgemeinen die Arbeiterbewegung im Ländchen in den letzten Jahren genommen hat, wird ein Mangel unangenehm empfunden, das Fehlen eines wirksamen Arbeitervereins. In allen Dörfern bestehen gute Turnvereine; überall bilden Arbeiter die überwiegende Mehrheit, und doch läßt sich nicht Arbeiterturnvereine. Schon vor vielen Jahren ist sowohl von Mühlberg als auch von Finsterwalde aus der Versuch zur Gründung eines solchen gemacht worden. Damals mußte es an der Unvollständigkeit scheitern und natürlich auch an dem ungelungenen Aufklärung. Vor drei Jahren, als eben hier die Bewegung in Fluß kommen sollte, wurde wiederum eine Bewegung gemacht. Zwei „Wälder“ der Genossen starke und reichlich, traten als Leiter des Männerturnvereins bei, der nicht in den nicht auf der Sozialisten bestehenden — Reichthümlichen Lokale turnt. Sie wollten unter diesen fast nur aus Ver-

halten bestehenden Turnern für den Anschluß an den Arbeiterturnerband wirken. Aber die Bewegung stieg noch damals in den Kinderturnen; der Sozialdemokrat vor selbst für den Arbeiter etwas sprechliches, und so wurden denn recht bald beide Genossen „sozialistischer Hantler“ (so hieß es nämlich in dem Anschlußbrief) wieder hinausgeworfen. Die Sache wurde nicht weiter verfolgt. Der erste und aufreibende Kampf, den damals noch so wenige für Verwirklichungsfreiheit, Gründung und Festigung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation führten, erforderte die ganze Kraft der wenigen Kämpfer. Und nun ist noch immer nichts mit einem Arbeiterturnverein geworden.

Nicht jenseit alle Fälle frei, in allen Orten bilden sich Arbeiterturnvereine; ein großer Arbeiterturnverein besteht in Wodwitz; in anderen Dörfern werden solche ins Leben gerufen. Aber an einen Arbeiterturnverein denkt man nicht. Es wäre nun Sache aller aufgestellten Arbeiter, daß sie in den Turnvereinen für Umgestaltung und Anschluß an den Arbeiterturnerband wirken. Das nicht die „Deutsche Turnerschaft“ sich sonst als elende Scheppentträgerin der Reaktion gezeigt? Können es die Arbeiter mit ihrem Klassenbewußtsein vereinbaren, der gesinnungsgemäßen Deutschen Turnerschaft noch länger angehörend?

Nebenfalls muß die Frage der Umgestaltung der alten oder Gründung wirklicher Arbeiterturnvereine jetzt mehr denn je betont werden. Nicht bald den Anfang!

Vom Meist zum Unternehmer.

Das Volksthal hat bereits über die Gärtnereitigkeit berichtet, mit welcher in Torgau die Baumunternehmer die Forderungen der Maurer abgelehnt haben. In dem ersten Antwortschreiben vom 16. Mai wird nach der Ablehnung gesagt:

Gleichzeitig teilen wir Ihnen mit, daß wir beabsichtigen, einen Arbeitgeberverband zu bilden, sobald die Statuten fertig sind, für den Torgauer und ev. anliegende Kreise zu bilden.

Da wir Hiesigen allein über Lohnfragen nicht beschließen wollen, werden wir eine definitive Abstimmung über den Inhalt Ihres Schreibens erst dann geben, wenn wir den Verband geschlossen haben. Ferner bemerken wir, daß diejenigen, die mit dem Lohne jetzt nicht zufrieden sind, unbenommen bleibt, sich andersweit, wo sie glauben höhere Löhne zu erzielen, Arbeit zu suchen.

Wichtiges!

Franz Lehmann, de la Petriso, Wilhelm Lehmann, Fr. Carl Baugemann, Hofmeister.

Also weil die Herren beabsichtigen, einen Arbeitgeberverband zu gründen, sollen die Arbeiter warten, bis die freundlichen Unternehmer das ausgeführt haben und die Statuten fertig sind. Man weiß nicht, ob das mehr Spott sein soll oder auf Naivität zurückzuführen ist. In die letztere möchte man glauben, wenn man den läppischen Schlussatz liest. Den guten Mat konnten sich die Herren ersparen. Das weiß der Arbeiter schon selbst.

Unter dem 17. Juni erging dann das zweite Antwortschreiben. Es lautet:

Torgau, den 17. Juni 1908.

An den Maurergesellen Herrn Wilhelm Schneider, Torgau.

Bezüglich Ihrer Schreiben vom 20. 5. und 6. 6. er. haben die Hiesigen Unternehmer eine Veranlassung abgesehen und einstimmig beschlossen, daß wir keinen Lohn zu legen, im Gegenteil, bald abziehen müssen, weil die Aukerhals-Konkurrenz uns sehr mit den Preisen herabdrückt.

Anßerdem haben wir mit Ihnen nichts zu tun; Sie gelten für die Hiesigen Unternehmer als keine Lohn-Kommission. Das Sie vorausichtlich hier auch niemals Arbeit erhalten, werden wir fernere Schreiben von ihnen ganz unbenutzt lassen, zumal auch unsere Leute mit dem Lohn hier zufrieden sind und keiner zu den Arbeitgebern irgend etwas gesagt hat.

Ihr Schreiben vom 20. 5. er., in welchem Sie eine Erpressung ausüben wollen, übergeben wir der Staatsanwaltschaft.

- Die nachstehenden Unternehmer von Torgau:
- p. Hofmeister u. So.
 - p. Wilhelm Lehmann.
 - p. de la Petriso.
 - p. Wm. Carl.
 - p. Franz Lehmann.

J. A. Kühlung.

Die „Erpressung“ besteht nur in der Phantasie der fünf. Die Art und Weise, in der sie die Anfrage der Arbeiter beantwortet haben, zeigt eben, wieviel die Herren noch von den Arbeitern lernen können.

Was wird aus dem Dorfpart?

Wodwitz, 19. Juli. Auch bei uns wird nichts so heiß gesprochen, als es gefodt wird. Schon lange ist man mit der Absicht umgegangen, den alten Kirchhof, der in der Mitte des Dorfes ringsum die architektonisch nicht un schöne Kirche in einen Park umzuwandeln. Man sprach von schönen Promenadenanlagen und es hätte gewiß dem Gemeinfinn der Wodwitzer Dorfbesohner alle Ehre gemacht, wenn dieses Ideal erreicht worden wäre. Wie wohlthun möchte doch gerade hier der Anblick eines Parks wirken, in dem die Gartenkunst ohne die realistische Absicht des Prunkstrebens gepflegt wird. Es würde in dieser Hinsicht wohlgenügt für alle Gemeinden ein Park und für die Bewohner eine Freude sein.

Vor zwei Jahren nahm diese Idee fester Form an. Der hiesige bürgerliche Gesangverein konzentrierte zu seinem Besten und man hätte annehmen sollen, daß man mit der Anlage bald beginnen würde. Aber es ist alles beim alten geblieben. Der günstige Platz ist nach wie vor ein verwitterter Friedhof. Im bunten Durcheinander stehen teils abgebrochene eisenerne Kreuze und plumpe Grabplatten — an das Vergangliche des Dorfes aber auch an den häßlichen Geschmack unserer Vorfahren erinnernd. Um diesen „ästhetischen“ Eindruck zu erhöhen, ist nun gar über den Kirchhof ein häßlicher marmorböher Drahtzaun gezogen worden. Diese, einer palastösen Anordnung folgende „Verschönerung“ ist dann angeblich worden, daß — die Kinder die Blumen nicht abpflücken sollen. Und dabei ist Flora gerade für diesen Teil eine rechte Stiefmutter geworden. Denn wir vermögen außer einer Sedenrose und einigen Exemplaren von Löwenjahn, wie er in jedem „anfänglichen“ Strahngarten wächst, mit den besten Augen keine Blumen zu entdecken, die dieses nobleren Schmuckes bedürftig. Es müßte denn sein, daß mitrosophische Pflanzen sich hinter dem marmorböhen Zaun verbergen, die sich dem gewöhnlichen Auge

entziehen. — Hoffentlich genügen diese Zeilen, die Frage des Dorfpartes wieder einmal in Fluß zu bringen.

Wartet die Arbeiter zu und kommen.

Aus Paffendorf wird uns berichtet, daß auch dort wie anderswärts die Schiffern nicht Anfang Juli beginnen, sondern erst, wenn die Agrarier ihre Getreideernte in Angriff nehmen. Die Ferien sind also nicht da, um den Kindern eine Erholungspause zu verschaffen, sondern um den Agrariern billige Arbeitskräfte zu sichern. Im Frühjahr ist eben so. Kommt die Zeit des Mühenvergleichs, dann gehen von den 70 Schiffern des Kantons Gersdorf bis zu fünfzig und mehr. Die Fehlbildern sind an den Wäldchen tätig. Das wird erlaubt. Wollte dagegen ein Kind wegen häßlicher Dienste ohne Genehmigung des Unterrichts fernbleiben, so folgt sicher die Bestrafung wegen Schulverweigerung.

Alle Eltern sollten es möglich zu machen haben, daß sie ihre Kinder nicht der agrarischen Ausbeutung überliefern.

Darf ich nun wieder kommen?

Als in Schwanau die Arbeiter in die Bewegung eintraten, war es eine Freude zu sehen, wie sich viele aus den Kriegerevereinen und anderen patriotischen Vereinen abmeldeeten. Unter anderem zeichnete sich einer aus, der besonders tätig war und auch die Umgestaltung des Turnvereins mit durchsetzte. Fast alle der Bewegung neu gewonnenen Arbeiter sind auch unserer Fahne treugeblieben und sind rüstig tätig. Nur der erwähnte „Genosse“ ist wieder in den alten Stall zurückgekehrt. Er ist wieder zum Kriegereverein getreten und hat sich aus seinem Verbände abgemeldet.

Als vor kurzem hier ein Kriegerevergnügen stattfand, nahm der rüchard'sche Besuche daran teil. Der Wirt des gemäßigten Lokals meinte beim Eintritt des früheren Sozialdemokraten erlaute: „Na, nu! Ein jeltener Gast.“ „Ja“, erwiderte der Arbeiter, „ich bin wieder in den Kriegereverein gegangen. Sie erlauben doch, daß ich Ihr Lokal wieder betreten darf.“ „Ei, ercht!“ verriet sich scheinbar der Wirt. Und Freude war über den Zimmer, der Ruhe tat. Aber er hätte doch gleich zu bedenken können, wo er allein hingehört. Der Wirt'sche in der hiesigen Organisation konnte er sich erheben. Das feste eine ganze Dinstweile ganz freigegeben ertragen ist. Beweist die Frage an den Wirt, ob er nun wieder kommen dürfe. — Nun ist ihm wieder wohl, und den Arbeitern, seinen früheren Mitstreitern, ist noch wohl, daß sie ihm wieder los sind.

Naumburg, 21. Juli. (E. B.) Ein Blick nach Torgau gestern abend hier in das Gemüß der Wälder Wälder, Amstorf, etc. Der Strahl jündete nicht, trotz der Anwesenheit von dem Schred davon kamen. Nur am Wälder sind die Spuren des Wirtes sichtbar.

Überausenthal, 20. Juli. (E. B.) Rändlich — fittlich.

Auf den hiesigen Gütern soll zwischen den jungen Wäldchen und jungen Mädchen ein ziemlich unaneneiter Verkehr bestehen. So flage der Gütsinhaber Friedhe heute vor dem hiesigen Schöffengericht. Sein Schiedsrichter, der neben der Wäldchenfotografie des Gutes wohne, habe ihm erklärt, er könne in seiner Nacht richtig schlafen. Die jungen Leute machten immer mäßigen Spektakel. Auch die russischen Arbeiter Johann Meberal und Raobr Warlich hatten ihren Verbändnis in der Nacht zum 3. März einen etwas heftigen Verlauf abgesehen. Sie hatten ein häßliches Schwanz mitgebracht und dann in der Wäldchenfotografie „lebendig“ gemacht. Was es den Freiern gefallen hat, was daraus zu entnehmen, das sie früh 7 Uhr immer noch in der Kaserne weilten. Die jungen Anwärter hatten „Feiertag“.

Als der Gütsinhaber kam, um die Eindringlinge aus dem „Kernstempel“ hinauszutreiben, riefen sie ihm entgegen, wenn er etwas wolle, dann solle er nur einmal hineinkommen. Die beiden Anwärter entsetzten sich schließliche, aber sobald der Inspektor der Kaserne den Rücken zugewandt hatte, waren die beiden wieder im Garten oben. Der Inspektor wurde dann wieder gerufen, worauf er mit Hilfe des Gemeindevorsteers und Selbsthüters die vertriebenen jungen Anwärter vertrieb. Erst gegen neun Uhr morgens räumten sie das Feld. Die jungen Leute, die wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs angeklagt waren, beteuerten, „nicht in böswilliger Absicht“ in die Arbeiterintendanten eingebrungen zu sein. Das Gericht war jedoch anderer Meinung und verurteilte die beiden Angeklagten zu je einer Woche Gefängnis.

Wittenberg, 20. Juli. (E. B.) An den Schönenfeld-Sonntagsfahrten von Wittenberg von 2 1/2 Uhr vormittags bis 7 1/2 Uhr abends offenbleiben.

— Ein Eisenbahnunfall hat sich auf hiesigem Bahnhof ereignet. Ein Gepäckschrank wurde eben von einem Gepäckschreiber über die Gasse gezogen, als ein Station durchfahrender Zug heranbraute, den Gepäckschrank erfasste und zertrümmerte. Hierbei trat eines der mit großer Gewalt zur Seite geschleuderten Gepäckschreiber den Oberbahnassistenten John darat vor die Brust, daß er zusammenbrach. Schwerer verletzt wurde der Verunglückte nach seiner Wohnung geschafft.

— Ertrunken. Schon wieder hat die Unvorsichtigkeit beim Baden in der Elbe ein Menschenleben gefordert. Der 17jährige Sohn des Gemeindevorsteers Knabe aus der Kirchhofstraße, mit seinem Bruder ein Boot nehmen. Kaum waren die beiden im Wasser, als der jüngere versank. Die Bemühungen des Älteren hätten auch diesem beinahe das Leben gekostet, wäre er nicht zur rechten Zeit von einem Kameraden gerettet worden.

Steine Hronik.

In Jena haben die Studenten beschlossen, beim Einzug der Prüflinglichen anlässlich der bevorstehenden Universitätsfeier nicht still zu stehen, wie ihnen zugemutet worden war. Wäre dieser Beschluß als Ausfluß des demokratischen Prinzipiums aufzufassen, so wäre er recht erfreulich. Das ist aber allem Anscheine nach nicht der Fall. — Beim Schluß des letzten Sommerfestes verlegte sich die Frau des Wälders Gartmann in Wäldersdorf auf das Gend. Sie hat am nächsten Tage. — Bei Wäldersdorf rammte ein Rehbock aus dem Walde einen Wälder direkt in die Sense, die dem Tiere Vorderblatt und Seite aufschnitt, so daß das Tier tot zusammenbrach. — In Rötze wurden aus der Kilmleigarderbode des Kirchhofs sämtliche Wäldchen, darunter Wäldchen, entzündet. — In Wäldersdorf wurden am dem letzten Wochenmarkt 4000 Schaf-Gurken zum Verkauf gebracht. Der Preis für das Schaf sank schnell von 1.80 bis 2 Pf. auf 90 Pf. bis 1.20 Pf. — Auf Bahnhof Mansfeld ist der 14jährige Realgärtner Heinrich aus Siebigerode von einem Pferde darat vor die Brust geschlagen worden. Daß er nicht starb. — In Wäldersdorf wurde der Zimmermann Joh. Gabriel zu dem letzten Wochenmarkt verurteilt, weil er erst elf und zwei Wochen später acht junge Obstbäume umgebrochen hatte.

Aus dem Reiche.

Berlin. Ein Schönmord im Militärgerichtsgefängnis. Aus Furcht vor Bestrafung hat sich der Sanitätsbeamte Hob von 3. Mannesregiment das Leben genommen. Am Cou-

Caramel-Malz-Bier, Schutzmarke: „Pelikan mit Jungen“.

Wend war das unter dem Verdacht, mehrere Diebstähle verübt zu haben, verhaftet und in das Militärgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Abends wurde er in seiner Zelle erhängt aufgefunden.

Überfeld. Bureaukratische Fixierte. Vom Schlichtergericht in Eberfeld wurde im Jahre 1905 eine Frau aus Ohligs wegen Verbrechen aus § 218 des Strafgesetzbuchs zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Sofort nach der Verurteilung wurde für die Frau aus besonderen Gründen ein Gnadenbescheid erlassen. Die Verurteilte verbrachte ihre Strafe und fand nach einiger Zeit. Nunmehr hat sie sich wiederholt in das Gnadenbescheid durch falschen Erlass vom 28. Mai genehmigt worden. Es wäre doch wohl nötig, zu ersehen, wodurch das Schriftbild die verhängnisvolle Verzerrung erlitten hat.

Vermischtes.

Opfer der Verge. Beim Weisigen des Bakmanns ist der Lehrer außer in Schulberg (Provinz Vofen) abgetötet und tot aufgehoben worden.

Erhängte. In der Nähe der Stadt Palermo verurteilten die dortigen Richter einen Palermitanischen Kofferger gegen zu nehmen, um Verbrechen zu erweisen. Dieser letzte sich mit einem Revolver zur Wehr und schoß einen Briganten nieder, wurde aber selbst zu Tode getroffen. Dem herbeigekommenen Bruder des Kofferger gelang es, einen zweiten Briganten niederzuschlagen, worauf die anderen die Flucht ergriffen.

Der Kaiserliche Hof. Der während des russisch-japanischen Krieges als Oberbefehlshaber der russischen Flotte vor allem durch die Befreiung der englischen Fährboote bei der Doggerbank und durch seine Niederlage in der Straße von Tsushima zu einer traurigen Verühmtheit gelangte, ist in Bad Nauheim an einem Herzschlag gestorben.

Parteinachrichten.

In die Genossinnen!

Als Baufratze der Genossinnen Deutschlands beruft die Untergemeinde eine Frauenkonferenz nach Nürnberg ein, wo der nächste Parteitag stattfinden wird. Die Konferenz soll Freitag, den 11. September, morgens 9 Uhr, in der G. O. d. e. n. e. n. W. e. b. e. r. s. l. a. g. e. n. s. a. m. m. e. n. t. e. n. stattfinden.

Als provisorische Tagesordnung schlage ich vor:

1. Bericht der Zentralvertrauensperson.
 - a) Agitation.
 - b) Presse.
2. Die Reorganisation der Genossinnen.
 - a) Referent: Genossin Zieg.
3. Die sozialistische Erziehung der Jugend.
 - a) Die Erziehung im Hause.
 - b) Referent: Genossin Dunder.
 - c) Die Jugendorganisation.
4. Referent: Genossin Zettlin.

In Orten, in denen ein Zusammenarbeiten mit den Genossinnen stattfindet, ist es notwendig, daß die Genossinnen sich mit diesen baldigst über die Wahl einer Delegierten verhandeln. Dort, wo die Verhältnisse nicht so günstig liegen, haben die Genossinnen laut § 11 Absatz 1 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Recht, in öffentlicher Frauenversammlung nicht nur eigene Delegierte für die Frauenkonferenz zu wählen, sondern auch für den Parteitag. Wünschenswert ist es, daß die Delegierten zur Frauenkonferenz auch zugleich ein Mandat für den Parteitag erhalten. Seine Verhandlungsgegenstände sind insoweit von größter Wichtigkeit für die proletarische Frauenwelt. Es sei nur daran erinnert, daß der Parteitag das letzte Wort in Sachen der Frauenorganisation spricht. Angesichts der bevorstehenden Entscheidungen, die von außerordentlich großer Bedeutung für die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung sein werden, ist es selbstverständlich, daß zahlreiche Vertreterinnen der Genossinnen mit beraten und mit beschließen sollen. Die Frage der Jugendorganisation ist in hervorragender Weise eine Frage der Aufklärung und Erziehung der proletarischen Jugend und die Aufgabe, die sie stellt, können ohne weitgehende, zielstarke Mitarbeit der Genossinnen nicht befriedigend gelöst werden. Als Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen haben die Proletarierinnen das höchste Interesse an der Sozialpolitik des Reiches; als Trägerinnen der direkten und indirekten Steuerlasten wird ihr Leben einschneidend von einer Reichsfinanzreform berührt. Der Ruf der Parteivorstände wendet sich an die gesamte Genossenschaft, er hält für die Genossinnen wie die Genossen. Wärdien daher die Genossinnen überall dafür sorgen, daß dem ihnen zustehenden Rechte gemäß auch an dem diesjährigen Parteitag als Delegierte Frauen teilnehmen, die in treuer Pflichtenfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen.

Anträge zur Frauenkonferenz sind spätestens bis zum 21. August einzuliefern. Erfolgreiche Wahlen von Delegierten sind der Untergemeinde zu melden.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

Mag. Frau, Nürnberg, Gaidenplatz 22.

Die Frauenkonferenz zu Nürnberg hat ein Beweis für die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung werden, ein Ausgangspunkt weiterer Erfolge.

Mit Parteigrüß

Elisabeth Weaber, Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 1. Luergebäude IV.

Bewerkschaftliches.

Die Generalausperrung der Stulkaure in rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die für Montag angekündigte, ist, soweit die Besetzung in Betracht kommt, bisher keine Durchführung gefunden. In den anderen Orten des Industriegebietes ist bisher keine Ausperrung erfolgt.

Wachsende Arbeitslosigkeit weist auch die Statistik des Sozialerwerbs nach für das erste Halbjahr 1908 auf. Am 30. Juni waren insgesamt 6130 arbeitslose Mitglieder vorhanden — 418 Proz. des Mitgliederbestandes von 149.316. Die einzelnen Monate 1908 weisen freilich eine stetige Abnahme der Arbeitslosigkeit auf (von 581 im Januar auf 418 im Juni), doch ist das nur die regelmäßige Besserung der Beschäftigung in den wärmeren Monaten, die sich in jedem Jahre vollzieht (so 1907 von 287 Proz. Arbeitslose auf 1,56 — 1905 gar von 2,68 auf 1,08 Proz.) und in den Sommermonaten noch anzunehmen ist. Ein wirkliches Bild der gegenwärtigen Geschäftslage gibt ein Vergleich mit den Vorjahren. Danach betrug der durchschnittliche Prozentsatz an Arbeitslosen in den ersten 6 Monaten

1905	1906	1907	1908
1,947	1,668	2,292	4,705

Also gegenüber dem besten Jahre, 1906, fast eine Verdreifachung der Beschäftigungslosen. Dabei ist die milde Wirkung der besseren Monate in diesem Jahre besonders gering. Der Juni 1908 hatte 71 Proz. der Arbeitslosen des Januar gegenüber nur 64 Proz. im Jahre 1907, 64 Proz. 1906 und nur 43 Proz. 1905.

Die größte Zahl der Arbeitslosen weist Berlin auf: 8416 = 10,4 Proz. am 30. Juni — wohl noch immer eine Wirkung der letzten Ausperrung — die geringste der Gau Stuttgart mit 0,9 Proz.

Arbeiterentlassungen. Bei der Firma Seidel und Mannmann in Dresden sind 300 zum Teil verheiratete Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen worden.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe in Skandinavien. Die Klassenauseinandersetzungen, die das international verbundene Arbeiterentwurf der drei skandinavischen Länder für diesen Sommer plante, und zum Teil auch durchgeführt, sind, soweit Norwegen und Dänemark in Frage kommen, so ziemlich erledigt, und zwar zugunsten der Arbeiterchaft.

Im Baugewerbe von Kristiania, wo die Unternehmer befalls eine allgemeine Ausperrung durchgeführt hatten, sind die durch erneute Verhandlungen — zustande gekommenen Tarifverträge nun vom Hauptvorstand der Landesorganisation der Gewerkschaften gutgeheißen worden. Die Maurer, Mauerarbeiten und Klempner hatten ihrerseits die Vorschläge angenommen, während sie von den Zimmerern und Bauhelfern verworfen wurden. Ebenfalls sind sich beide Gruppen nun der Wichtigkeit der Bauarbeiterchaft und des Verschlags der Gewerkschaftszentrale einigen worden.

In Dänemark hatten die Unternehmer am den 20. Juli, denselben Tag, den die schwedischen Unternehmer zu ihrem Gewerkschaft gegen die gesamte Arbeiterchaft erwählt haben, eine Massenausperrung angekündigt. Sie haben diesen Beschluß jedoch Ende der verflochtenen Woche rückgängig gemacht, nachdem die Verhandlungen auch in der letzten Streikwoche zu einer Einigung führten. Es handelt sich hierbei darum, daß eine Anzahl in eisenindustriellen Betrieben tätigen Tischler streikten, weil sie dauernd für geringere Löhne arbeiten sollten, als die in den Tischlereien bezahlt werden. Der Konflikt ist in der Weise gelöst, daß ihre Löhne nun durch friedliche Verhandlungen festgelegt werden.

In Schweden war die Situation äußerst ernst. Die allgemeine Ausperrung war befalls für Donnerstag proklamiert, die Unternehmer wollten sie auf alle Verufe ausdehnen und dieser Kampf wäre wohl der größte gewesen, den Skandinavien auf wirtschaftlichen Gebiete jemals gesehen. Die Ausperrung unterließ vorläufig. Die von der Regierung ernannte Schlichtungs-Kommission berief die Parteien zu einer Sitzung am Sonnabend zusammen. Dieser ist es, wie dem Berliner Tageblatt telegraphiert wird, im letzten Augenblick noch gelungen, einen Ausgleich herbeizuführen. In der Nacht zum Sonntag wurde nach langwierigen Verhandlungen der Gegenstand der Einigung als das künftige Vermittlungskomitee angenommen. Der drohende Kampf unterließ. Die schwedische Regierung hatte für die Aufrechterhaltung der „öffentlichen Ordnung“ umfassende Vorbereitungen getroffen; Polizeibeamte und Regimentskommandeure waren zum Urlaub zurückgerufen worden, kurz, es war alles vorbereitet, um etwaige Unruhen im Arbeiterlute zu erdrücken.

Volkswirtschaftliches.

Die Grundbesitzer der Großbanken. Die Großbanken haben sich in einem beständig wachsendem Umfange der Terrainausperrung bemächtigt, für Berlin und seine Vororte beligen sie jetzt ein förmliches Bodenmonopol. In den Grundbüchern sind diese Banken allerdings nicht als Besitzer der gewaltigen Terrains eingetragen, sie haben das Besitzt durch die von ihnen gegründeten Terrainsgesellschaften oder sonst wohlgeordnete Unternehmungen aus. Nur auf diese enorme Verflechtung der Großbanken an der Terrainausperrung ist es zurückzuführen, daß die Kritik auf dem Bauwesen nicht viel fruchtbarer hervorragt, als es bisher der Fall war. Die kapitalmächtigen Institute konnten die tiefsten Engagements durchsetzen, wo private Kapitalisten unter der Linquenz der Konjunktur und des Geldmangels längst hätten kapitulieren müssen; sie allein vermochten durch ihre Finanzstellung eine Besserung der Situation abzuwarten, ohne daß sie sich in ähnlichen zu Verfassungen gezwungen haben. So erklärt es sich auch, daß die so starkentempe emporgetriebenen Bodenpreise sich bei der schlechten Lage des Terrains und Baumarktes unvermindert behaupten konnten. Im die Bodenmarktpolitik ganz nach ihren Plänen betreiben zu können, waren die Großbanken genötigt, ständig neue Terrains zu übernehmen, damit irgendwelche Konkurrenz nicht stören in ihre Politik eingriffe. Mit der Anbahnung eines losloffenen Terrainsbesitzes ergaben sich nun aber auch für die Großbanken neue Aufgaben bei der Bewahrung dieser Terrains. Die Banken können ihren Wobensbereich nicht auf unabsehbare Zeit der Bewahrung entziehen, sie müssen bemüht sein, die in den Terrains angelegten Gelder mit möglicher Weisheit herauszugeben. Hierbei stehen sie in der Schwere, denn bei dem Miesensinnigen der Terrains mühten zu einer schnelleren Bewahrung sehr viele Bauunternehmer herangezogen werden, die die einzelnen Grundstücke auf eigene Rechnung bebauen. Wohl wäre die Heranziehung einer geringeren Zahl von Unternehmern zu ermöglichen, doch es kommt hinzu, daß infolge der hohen Grundstückspreise die meisten Unternehmer, die dazu auf fremde Baugelder angewiesen sind, die Bauten kaum noch mit einem nennenswerten Nutzen durchzuführen und verkaufen können. Die Folge wäre, daß die Unternehmungen für sich selbst wachsenden Bauunternehmer halb hoden mühten, die Banken ihrer Terrains absondern nicht mehr zu den entsprechenden Breiten unterzubringen in der Lage wären. Die Preise, die für die Terrains gefordert werden, sind wahre Viehhäupterpreise, denn einmal sind schon die Erwerbspreise hoch gewesen, dann aber sind die Terrains belastet mit den Wüstengevinnen, die die Gründer der Terrainsgesellschaften, nämlich die Großbanken, bereits vorher gewonnen haben.

Die Großbanken haben jetzt einen neuen Weg beschritten, um die Bewahrung ihrer Terrains zu fördern, die Bewahrung erfolgt auf eigene Rechnung, doch nicht durch die Banken selbst, sondern dadurch, daß ihren Terrainsgesellschaften Baugesellschaft angegliedert werden. Eine solche Gründung hat sich jetzt vollzogen. Unter Führung der Deutschen Bank, der Darmstädter Bank und der Handelsvereinigung, dem Finanzierungsinstitut des Fürsten von Fürstberg, ist eine Vereinigung der Berliner Terrains- und Bauattiengeellschaft und einer der bedeutendsten Berliner Baufirmen, der Firma Voskau u. Knauer & M. b. H. zustande gekommen. Die Gesellschaft übernimmt weiter einen Terraintempel von circa 140.000 Quadratrußen am Teufelstempel an dem Besitze des Fürsten von Fürstberg. Die Deutsche Bank und die Darmstädter Bank hatten der Firma Voskau u. Knauer große Kredite eingeräumt und waren schließlich Anteilnehmer der Gesellschaft. Die Deutsche Bank war hier durch die Vermögens-Wärtsche Bank vertreten, die ihrem Konzern angehört. Mit der Terrains- und Bauattiengeellschaft war die Deutsche Bank durch die Bauattiengeellschaft verbunden, die sich dem von der Bauattiengeellschaft erhaltenen Baugesellschaft große Kredite gewährt hatte. Das Baugesellschafts nahert sich seiner Vollendung, es ist ein großer Baugarten, in dem die

Baugesellschaft an Einzelunternehmer verpachtet werden sollen, während zugleich das äußere Bild eines einheitlich geleiteten Baugesellschafts gewahrt sein soll. Die Terrains- und Baugesellschaft war verpflichtet, in nächster Zeit für den Baugarten 7 1/2 Millionen Baugelder zu besorgen, eine Aufgabe, die unter den augenblicklichen Verhältnissen wahrscheinlich ihre Kräfte übersteigt. Diesen Augenblick benutzte die Deutsche Bank, nicht nur um befehl einzupreisen, sondern sich der Terrains- und Baugesellschaft zu bemächtigen, sie mit der Firma Voskau und Knauer, deren Verbindlichkeiten sie wohl auch sehr gern auf eine größere Zahl von Schultern legen wollte, zu verbinden und nach der Fusion ihren angebotenen Zielen dienlich zu machen. (Die Firma Voskau u. Knauer befristigte nach ihren Angaben im ersten Jahre ihres Bestehens 1892-93 6 Beamte und 100 Arbeiter, der Umsatz auf Bauaufträge erreichte die Höhe von circa 200.000 Mark; im Geschäftsjahre 1906-07 waren bei der Firma tätig über 500 Beamte und ca. 10.000 Arbeiter, der Umsatz betrug circa 50 Millionen Mark. Die Firma unterhält Zweiggeschäfte und Baubüros in Köln, Düsseldorf, Aachen, Hannover, Hamburg, Wiesbaden und Stuttgart.) Die Verbindung mit dem Fürsten Fürstberg war auch deshalb besonders erwünscht, weil er über einen größeren Besitz von Aktien der Terrains- und Baugesellschaft verfügt und mit seiner Hilfe eine Sanftnahme, die bisher die Leitung der Gesellschaft hatte, aus ihrer Stellung verdrängt werden konnte. Die Berliner Terrains- und Baugesellschaft erhöht ihr Kapital um 10 1/2 Millionen Mark auf 18 1/2 Millionen Mark, 3 Millionen Mark sind zum Umlauf gegen 4 Millionen Mark. Die Terrains- und Baugesellschaft der Firma Voskau u. Knauer bestimmt, die weiteren 7 1/2 Millionen Mark dienen zum Ankauf der fürstlichen Terrains. Ferner gibt die Terrains- und Baugesellschaft eine Obligationenleihe von 20 Millionen Mark aus, 10 Millionen werden davon zur Hypothekentilgung des Festsitzes und Ablösung von Verpflichtungen der vereinigten Gesellschaften verwendet, 4 Millionen dienen zur Beschaffung der Betriebsmittel.

Dieser Gründungsvorgang ist von hoher wirtschaftlicher Bedeutung, die mächtige Terrainspekulation hat sich mit großer Baunternehmungen verbunden, beide werden getragen von zwei Großbanken und dem ihnen an Kapitalmacht nicht viel nachstehenden Fürsten von Fürstberg.

Briefkasten der Redaktion.

Antwort. Die Antwort des Kreis-Ausschusses haben Sie jetzt Ende August zu erwarten. Sollte dieselbe unzulänglich ausfallen, dann ist das Recht des Kreis-Ausschusses zu unternehmen.

Fr. 2. Es muß dabei bleiben, was mir gesagt haben. Das die Fr. zu weiteren Einshaltung verpflichtet war, ist selbstverständlich. Hat sie jedoch nicht gewillt und ist das bisher nicht aufgehoben worden, so tritt eben die gleiche Bestimmung in Kraft, daß alle nicht gezahlten Zinsen, die länger als vier Jahre zurückliegen, verjährig sind. — Von „Unterstützung“ kann dabei allenfalls die Rede sein, ferner bleibt es dabei, daß die den Vormund für die fehlenden Zinsen in der Zeit bis zur Großjährigkeit verantwortlich machen können. — Sprechen Sie doch mit dem Vormundschlichter, der wird Ihnen volle Auskunft geben.

Fr. 29. Könnern. Zwischen Wohnung und Verbindung muß in Straßensachen mindestens eine Woche liegen. In diese Zeit muß die Wohnung des Mannes unternehmen.

Fr. 30. Es muß dabei bleiben, was mir gesagt haben. Das die Fr. zu weiteren Einshaltung verpflichtet war, ist selbstverständlich. Hat sie jedoch nicht gewillt und ist das bisher nicht aufgehoben worden, so tritt eben die gleiche Bestimmung in Kraft, daß alle nicht gezahlten Zinsen, die länger als vier Jahre zurückliegen, verjährig sind. — Von „Unterstützung“ kann dabei allenfalls die Rede sein, ferner bleibt es dabei, daß die den Vormund für die fehlenden Zinsen in der Zeit bis zur Großjährigkeit verantwortlich machen können. — Sprechen Sie doch mit dem Vormundschlichter, der wird Ihnen volle Auskunft geben.

Fr. 29. Könnern. Zwischen Wohnung und Verbindung muß in Straßensachen mindestens eine Woche liegen. In diese Zeit muß die Wohnung des Mannes unternehmen.

Fr. 30. Es muß dabei bleiben, was mir gesagt haben. Das die Fr. zu weiteren Einshaltung verpflichtet war, ist selbstverständlich. Hat sie jedoch nicht gewillt und ist das bisher nicht aufgehoben worden, so tritt eben die gleiche Bestimmung in Kraft, daß alle nicht gezahlten Zinsen, die länger als vier Jahre zurückliegen, verjährig sind. — Von „Unterstützung“ kann dabei allenfalls die Rede sein, ferner bleibt es dabei, daß die den Vormund für die fehlenden Zinsen in der Zeit bis zur Großjährigkeit verantwortlich machen können. — Sprechen Sie doch mit dem Vormundschlichter, der wird Ihnen volle Auskunft geben.

Leipziger Spezialdienst des Volksblattes.

München, 21. Juli. Der Bayerische Kurier bemerkt die von Berlin ausgehende Nachricht, daß es sich bei der neuen Elektrizitätsteuer nur um eine Lichtsteuer handle. Es sei eine Licht- und Kraftsteuer projektiert.

Budapest, 21. Juli. In Oberungarn ist ein schwerer Wolkenbruch niedergegangen, der große Verheerungen angerichtet hat. In einem Orte wurden 16 Personen von den Fluten erschlagen. In einem anderen Orte riß das Wasser zwei Häuser mit elf Insassen fort.

Paris, 21. Juli. Nach einer Meldung des Echo de Paris aus Langer soll der deutsche Dampfer Riva, der die Abgeordneten des Sultan Muei Safid an Bord hatte, 50 Tonnen Kriegsmaterial eingeschmuggelt haben.

Saloniki, 21. Juli. Das jungtürkische Komitee verwarf den Annehmeerlass des Sultans, weil dadurch die Häupter der Bewegung sicher gemacht und eingeworfen werden sollten. — In Tiflis erhielt ein jungtürkischer Offizier seinen Regimentskommandeur.

London, 21. Juli. Nach Meldungen aus Hongkong sind durch Ueberzählungen alle Feldfrüchte vernichtet. 300.000 Menschen leiden Hunger.

Letzte Nachrichten.

Stuttgart, 21. Juli. Ein Dienstmann, der erfahren hatte, daß ein anderer Dienstmann mit seiner Frau ein Liebesverhältnis unterhielt, verübte einen Mord. Der betrogene Ehemann lauerte dem Liebhaber seiner Frau in der Nähe des Kleber-Defenials auf und schoß ihn nieder. Er ließ sich dann von dem ihn beabsichtigten Schußmann ruhig abführen.

Jauer, 21. Juli. Erloschen hat sich der Leutnant Spengel vom 154. Inf.-Reg., ein Sohn des Bürgermeisters von Protoschin.

Mailand, 21. Juli. Wollentwürfe haben in den Läden von Piemont großen Schaden angerichtet und auch mehrere Wollentwerfer gefordert. In der Gegend von Benedigo wurden mehrere Wolläden von den hochgehenden Flüssen weggerissen und zerstört.

Quittung.

Galle. Für Parteigrüß: Von einem Kopfleimer 5.— von D. M. Storch 0.50 Mark. Meind.

Verantwortlicher Redakteur: Ad. Thiele in Halle.